kommunistische hochschulzeitung

HERAUSGEGEBEN VON DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION/WIEN

Erscheint 8 mal jährlich. Einzelpreis 3.- Jahresabonnement incl.Porto (8 Nummern): 34.- im Inland, 40.- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an MLS Wien, 1080, Mölkergasse 3 oder telefonisch: (0222) 42 16 625. Einzahlung auf Konto Nr.BAWAG Zentrale 024 31 211; Erlagschein folgt mit der ersten übersandten Nummer.
Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS). Für den Inhalt verantwortlich: Dietmar Weibel ; Alle: 1080, Wien, Mölkergasse 3. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12.

PREIS 3.- JÄNNER 1977

aus dem Inhalt:

Der staatlichen Stipendienpolitik jetzt entgegentreten – oder eine Niederlage einstecken

Nach langem Lavieren und einer Reihe falscher Versprechungen hat der Staat im Dezember seine Vorstellungen von einer Stipendiennovelle offen auf den Tisch gelegt. Seit einhalb Jahren gibt es die Bewegung für höhere Stipendien und seit wenigstens einem Jahr und einem Monat verbreiteten die Regierung und die Führung der Hochschülerschaft in bewußtem Zusammenspiel die verschiedensten trügerischen Hoffnungen unter den unbemittelten Studenten, um sie vom Kampf abzuhalte. Jetzt hat die Regierung entschieden, was sie wirklich vorhat.

Die vom Ministerrat am 14.12.1976 beschlossene Novelle bedeutet nicht nur den Bruch aller bisherigen Zusicherungen und Versprechungen, sondern, was noch wichtiger ist, eine völlige Absage an die Forderungen der Studenten. Ein von den Studneten allgemein anerkannter Grundgedanke war es, daß die Kinder von Arbeitern, kleinen Angestellten, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden ein Stipendium erhalten sollen, mit dem man auskommenkann. So wurde in der Plattform des ZA der ÖH 4000.-S Stipendium bis zu einem Elterneinkommen von etwa 7000.-S im Monat gefordert, auf der Demonstration vom letzten April forderten 700 Studenten "Erhöhung aller Bemessungsgrundlagen um 50%", was eine geringere Forderung ist,die aber dafür sehr ernst gemeint war. Sie bedeutet bei 7000.-S Elterneinkommen 2300.-S Stipendium. Nach dem jetzigen Ministerratsbeschluß wird man mit 7000.-S Elterneinkommen 860.-S im Monat bekommen, wovon sicher niemand leben kann. (Alles gerechnet für am Studienort wohnende, Elterneinkommen für 12 Gehälter gerechnet; weitere Zahlen siehe Tabelle). Bereits die Novelle 1974 glich nicht einmal die Entwertung der Stipendien durch die Inflation aus. Die gegenwärtige Novelle entspricht nun - nachdem gegenüber dem ersten Entwurf vom September die Höchststipendien gesenkt, die Bemessungsgrundlagen aber leicht angehoben wurden - etwa der Novelle 1974, wenn man den offiziellen Verbraucherpreisindex zugrunde legt. Das heißt weiterer Abbau der Stipendien von einer bereits völlig ungenügenden Grundlage aus, denn, wenn die ÖH die Steigerung der Lebenshaltungskosten der Stud enten einen wesentlich höheren Wert errechnet, als der offizielle Index angibt, so liegt das nicht daran, daß die Studenten von der Teuerung mehr betroffen sind als andere, sondern daran, daß der offizielle Index manipuliert ist. Verschlechtert wurden außerdem die Absetzbeträge für kinderreiche Familien.

Die zweite grundlegende Frage bei den Stipendien, die jedoch von der ÖH-Führung und den reformistischen Organisationen beständig unter den Tisch gewischt wird, ist die Frage des Leistungsnachweises. Der Leistungsnachweis ist ein wichtiges Mittel für den bürgerlichen Staat, die finanzielle Abhängigkeit der mittellosen Studenten dazu auszunutzen, um sie in besonders scharfer Form zur willenlosen Aneignung der bürgerlichen Ideologie zu zwingen. Wie drückend der Leistungsnachweis ist, zeigt eine Umfrage der ÖH-Technik, bei der nur 14,4% der befragten Studenten angaben, ein Stipendium zu beziehen, jedoch 8,9% feststellten, das Stipendium wegen des Leistungsnachweises verloren zu haben. (Weitere 10,5% geben übrigens an, das Stipendium eingebüßt zu haben, weil das Elterneinkommen "zu hoch" geworden ist.) Viele Studneten forderten daher "Keine Bindung der Stipendienvergabe an den Notendurchschnitt und an die Studienpläne" und auch die ÖH vertritt wenigstens verbal die Forderung nach Lokkerung des Leistungsnachweises. Die Regierung machte jedoch nicht das geringste Zugeständnis.

Diese Stipendienpolitik bedeutet zusammengefaßt, daß der bürgerliche Staat die ärmeren unter noch stärkeren materiellen Druck bringen möchte, einerseits um sie besser im Griff zu haben, andererseits, um sich an ihnen Geld zu sparen.

Um das zu erreichen, sind die Studenten nicht mehrmals auf die Straße gegangen. Die Auseinandersetzung um die gegenwärtige Novelle steht jetzt knapp vor der Entscheidung. Die Regierung hat sicherlich vor, ihren Entwurf im Februar oder März im Parlament beschließen zu lassen. Die Zeit für Aktionen ist daher beschränkt. Der ÖH-Vorsitzende Karasek hat im Dezember auf einer Hörerversammlung der Philosphischen Fakultät in aller Öffentlichkeit versprochen, daß die ÖH im Jänner eine Demonstration organisieren wird. Dieses Versprechen hat die ÖSU gebrochen. Auf der Sitzung des ZA der ÖH am 16.12.1976 haben ÖSU, RFS und JES gegen eine Demonstration gestimmt. Sie

Fortsetzung auf S.2

M. Grosser: Breites und einheitliches Vorgehen brachte Erfolg

Wie schon in der letzten KHZ berichtet, verweigerte der akademische Senat dem früheren Vorsitzenden der STRV, M. Grosser eine Promotion sub auspiciis, obwohl er in Bezug auf die Noten alle Voraussetzungen erfüllt hatte. Durch diese Entscheidung sollte nicht zuletzt seine Anstellung am Mathematischen Institut verhindert werden. Kollege M. Grosser war bereits in den Institutsnachrichten als Assistent angekündigt! Der Grund für diese Weigerung lag darin, daß Kollege M. Grosser vor 2 Jahren bei den Känpfen der Mathematik- und Physikstudenten gegen die neuen STOen und gegen Prüfungsverschärfungen sich als Studentenvertreter vorbildlich verhalten hatte. Er hatte sich am Kampf beteiligt und sich aur an Beschlüsse, die in Hörerversammlungen und Lehrveranstaltungen gefaßt wurden, gehalten.Der Akademische Senat wollte also Kollegen M. Grosser für sein damaliges Verhalten maßregeln. Dagegen entstand breiter Widerstand. 200 Studenten des Math.-Physik. Institutes verurteilten auf einer HV das Vorgehen des Akademischen Senats und forderten einstimmig die Anstellung von M. Grosser als Assistent. Dies unterstützten außerdem 16 STRVen, der HA der Kunstakademie, der ZA der ÖH, 220 Assistenten brachten in Briefen ihren Protest zum Ausdruck.

Dadurch wurde die nochmalige Beratung über die Promotion sub auspiciis von M. Grosser im Akademischen Senat erzwungen, und am 18. Nov. mußte der Senat seinen früheren Beschluß zurücknehmen. Die Professoren mußten also eine Niederlage einstecken, sie erreichten keines von ihren Zielen.Im Gegenteil, sie deckten offen auf, was von ihrem Geschwätz von die "fachlichen Leistungen zählen", zu hal-

ten ist. Nämlich nichts! Hat man im Studium nicht gelernt, sich als Elite zu fühlen, setzt man die Loyalität zum Staat und die Karriere nicht an 1. Stelle, ist ie so gelobte "Fachliche Leistung" uninteressant.
Die Professoren erreichten es also nicht, die Studenten und ihre Vertreter einzuschüchtern und sie auf diese Weise davon abzuhalten, sich für die Interessen ihrer Kollegen einzusetzen.
Es gelang ihnen auch nicht, die Situation wenigstens dazu zu nützen, um die Vorlesungsstörungen zu verurteilen.
(Zitat aus dem Gedächtnisprotokoll von M. Grosser):
"Während ich weiter warte, kommt Koll. Brandstetter aus dem Saal und rät mir, ich solle sagen, ich hätte zwar keine Vorlesungsstörungen begangen, ich lehne Vorlesungsstörungen aber grundsätzlich ab. Auch die Sekretärin unterstützt seinen Vorschlag mit Nachdruck. Prof. Hlawka kommt abermals heraus und fragt, ob ich mein Bedauern über Vorlesungsstörungen aussprechen würde. Ich lehne jedoch alle diese Vorschläge kategorisch ab, weil ich mit der (scheinbar neutralen) prinzipiellen Verurteilung von Vorlesungsstörungen allen Studenten und insbesondere Studentenvertretern, die gerade in Vorlesungen auftreten, schaden würde. Gerade kürzlich seien ähnliche Fälle aufgetreten, und ich könnte auf keinen Fall die Professoren bei diesen Auseinandersetzungen unterstützen, in dem ich mich (gegen meine Überzeugung) von Wünschen, Anfragen oder Diskussionen in Vorlesungen pauschal distanziere."
Für das klaglose Funktionieren des HS-Betriebes geht es nicht an, wenn sich die Studenten einzumischen versuchen, wenn sie Professoren zur Rede stellen, wenn diese neue Verschärfungen einführen, oder wenn diese reaktionäre und falsche Sachen verbreiten. Wo käme man dahin, wenn in der Vorlesung selbst schon aufgemuckt würde, wo es doch die Aufgabe der Professoren ist, die Studenten auf ihr späteres Leben vorzubereiten, nämlich sie an die Unterdrückung und Duckmäusertum zu gewöhnen, ihnen beizubringen, nur die "Wissenschaft" im Kopf zu haben. Für die Studenten hingegen ist das zur Rede stellen von Professoren ein notwendiges und geeignetes Mittel, um ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmenund ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, sowie Klarheit durch Diskussion zu gewinnen über Inhalt und Ziel ihrer Ausbildung. Das breite und einheitliche Vorgehen hat also einen Erfolg gebracht.
M. Grosser wird sub auspiciis promovieren.

Über seine Anstellung als Assistent wurde vom Ministerium bis jetzt noch nicht entschieden. Wir müssen deshalb weiterhin einheitlich dafür eintreten, daß M. Grosser seine Anstellung als Assistent am Math. Institut nun auch tatsächlich erhält.
Wir müssen die Forderung:
EINSTELLUNG VON M. GROSSER ALS ASSISTENT!
durchsetzen!

M.T., Zelle Math/Nawi

Fortsetzung von S.1

Stipendien

haben stattdessen einen Antrag angenommen, daß, bevor Schritte festgesetzt werden können, noch Verhandlungen abgewartet werden müssen. Dieser Antrag wurde vom Vorsitzenden der ÖH der TU-Wien eingebracht. Wir werden die ÖH jedoch weiter zur Durchführung einer Demonstration auffordern. Weiters haben wir uns an die Organisationen, die für eine Demonstartion gestimmt haben, VSStö, KSV sowie an die GRM gewandt, um eine möglichst große Aktionseinheit zustande zu bringen. Sie können jetzt wieder einmal beweisen, wie ernst es ihnen mit dem Kampf um höhere Stipendien ist.

Die Stipendien sind kein Geschenk des Staates

Das entscheidende Hindernis für die Entfaltung einer ausdauernden selbständigen Bewegung für höhere Stipendien ist - wie sich im letzten Herbst gezeigt hat - , daß viele Studenten der bürgerlichen Propaganda über den Zweck der Stipendien aufsitzen und sie als Art milde Gabe sehen, mit der der Staat doch wenigstens für ein paar Kinder aus dem Volk die Chance schaffen möchte, sich höhere Bildung anzueignen. Man darf jedoch die Stipendien, wie jede andere Erscheinung nicht danach beurteilen, wie sie die herrschende Klasse schönfärberisch begründet, sondern man muß die gesellschaftlichen Ursachen und die Gesetzmäßigkeiten der herrschenden KLassengesellschaft untersuchen, die ihnen zugrundeliegen. Die staatlichen Studienbeihilfen sind nicht ein Ausdruck dafür, daß die Kapitalistenklasse ihr Herz für die armen Volksschichten entdeckt hätte, und auch nicht dafür, daß man man den herrschenden Staat doch zu einem gewissen Ausgleich zwischen arm und reich zwingen könnte, wie uns die Reformisten weismachen wollen, sondern sie dienen einem Bedürfnis der Kapitalistenklasse bei der Aufrechterhaltung und Förderung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In der kapitalistischen Gesellschaft produziert die Arbeiterklasse alle Werte, während sie gleichzeitig jeder Macht über den Produktionsprozeß sowie über den Staat beraubt ist. Die geschaffenen Werte eignet sich die kleine Klasse der Bourgeoisie an, und die Kapitalisten sind es auch, die das Kommando über die Produktion und den Staat führen. Aber die Kapitalisten, deren Zahl durch die Konzentration immer mehr abnimmt, und die immer mehr zu Kuponschneidern und Spekulanten werden, können schon lange nicht mehr den Produktionsprozeß leiten, geschweige denn, den Staatsapparat aufrecht erhalten, ohne eine große Zahl von Angestellten, die über das Wissen verfügen, das man der Arbeiterklasse vorenthält, und die unter der Kontrolle der Bourgeoisie und von ihr bezahlt ihre Interessen wahrnehmen, sei es als Offiziere der Produktion oder als Ideologen, die schönfärberische Lügen über die herrschende Gesellschaft entwickeln und verbreiten, sei es als Lehrer, die das Volk im Sinne der herrschenden Klasse erziehen sollen, oder als leitende Funktionäre im kapitalistischen Staatsapparat. Die Kapitalistenklasse ist gezwungen auch Kinder, die nicht aus den besitzenden Klassen kommen, dafür heranzuziehen und sie für ihre Aufgaben zu drillen. Die ständiege Ausdehnung des unproduktiven Sektors und die beispiellose Aufblähung des Staatsapparates in den imperialistischen Metropolen macht es für die Kapitalisten notwendig, noch mehr Kinder aus den ärmeren Schichten für diese Funktionen heranzubilden, obwohl insgesamt gesehen in der kapitalistischen Gesellschaft natürlich immer nur sehr wenige zu einer höheren Ausbildung kommen. (In Österreich schließen nur etwa 3% eines Geburtenjahrganges ein Hochschulstudium ab.) Diese Kinder aus ärmeren Familien können die Kapitalisten jedoch nicht an die Hochschule bekommen, wenn sie ihnen auch nicht eine gewisse staatliche Unterstützung geben. Gleichzeitig halten die Kapitalisten die unbemittelten Studenten unter möglichst großem finanziellen Druck und unter möglichst grossem Leisrungsdruck, um ihre finanzielle Abhängigkeit maximal dafür ausnutzen zu können, sie in ihrem Sinne zu erziehen und die weniger geeigneten hinauszuselektieren. Außerdem wollen die Kapitalisten selbstverständlich ihr Staatsbudget möglichst wenig mit solchen unproduktiven Ausgaben belasten. Es muß daher notwendigerweise immmer wieder zu einem Konflikt zwischen den unbemittelten Studenten, die auf die staatliche Unterstützung angewiesen sind und die natürlich nicht von vorneherein von der Zielsetzung der Kapitalistenklasse ausgehen und dem kapitalistischen Staat um die Höhe der Stipendien und die Frage des Leistungsnachweises kommen.

Diese gesellschaftliche Realität, auf der die Stipendien beruhen, zu verdecken, ist ein Eckpfeiler aller bürgerlichen Studentenorganisationen. Die Revisionisten vom KSV greifen die Propaganda der Bourgeoisie und damit gleichzeitig die Vorurteile vieler Kollegen auf und sagen, höhere Stipendien muß man fordern, weil man damit erreichen könnte, daß "mehr Arbeiterkinder an die Uni" kommen können, wodurch sich die "bildungschancen" der Arbeiter verbessern würden. Das ist ein alter bürgerlicher Betrug. Der Arbeiterklasse wird zugerufen: "Wenn es euch schlecht geht, dann schaut, daß es euren Kindern besser geht, daß sie keine Arbeiter werden, sondern daß sie hochkommen", um sie von einem Kampf für eine Lösung für die Klasse abzuhalten. Die Realität ist 1.) daß in der kapitalistischen Gesellschaft immer nur ein geringer Teil der Bevölkerung eine Hochschulbildung erhalten wird, 2) daß durch den ganzen Aufbau des Schulsystems die Kinder aus ärmeren Verhältnissen bis auf einen kleinen Prozentsatz, den die Bourgeoisie braucht, schon rechtzeitig hinausgesäubert werden und 3.) daß es, wenn einmal einer "hinaufgekommen" ist und leitende Funktionen für die Kapitalisten ausübt, für die Arbeiterklasse wurscht ist, ob sein Vater Arbeiter war.

Tatsächlich notwendig ist es, daß die Arbeiterklasse für Verbesserungen im Volksbildungswesen kämpft, also für eine einheitliche, obligatorische, polytechnische Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr für alle. Aber dagegen, daß heute für einen Großteil der Arbeiterkinder jede Schulbildung mit dem 15. Lebensjahr endet, sagen die Revisionisten in ihrem ganzen Schulprogramm nichts.

Wenn es nun tatsächlich so wäre, daß höhere Stipendien die Bildungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse verbessern, wie die Revisionisten sagen, so müßte man meinen, daß die Forderung unmittelbar im Interesse der Arbeiterklasse liegt. Aber während die Revisionisten in betrügerischer Weise behaupten, höhere Stipendien würden die "Chancengleichheit erhöhen, sagen sie doch gleichzeitig, die Stipendienforderungen "allein" wären ständisch borniert. Die Ursache für diesen offensichtlichen Widerspruch liegt darin, daß die Propagierung der bürgerlichen Idee der "gleichen Bildungschancen" noch lange nicht alles ist, was

die Revisionisten anläßlich der Stipendienfrage an bürgerlichen Ideen an den Mann bringen wollen. Es kommt ihnen sehr darauf an, die Idee der Umverteilung zu propagieren, die auf der bürgerlichen Ideologie von der Klassenneutralität des Staates beruht und eng mit der Propaganda der KPÖ zusammenhängt, daß man nur die Politik des Staates auf legalem Weg ändern müsse, ohne den Gewaltapparat der Bourgeoisie zu zerschlagen. Damit die sogenannten "antimonopolistischen" Umverteilungsforderungen, die in der politischen Taktik der KPÖ eine wichtige Rolle spielen, zum Zug kommen, reicht es für den KSV nicht aus, die bürgerliche Ideologie der Chancengleichheit zu propagieren, sondern es muß unbedingt noch die Forderung nach Bezahlung der Stipendien aus dem Heeresbudget und den Steuerschulden der Kapitalisten dazu (siehe den Artikel über die Umverteilung).

Auch die ÖSU legt größten Wert darauf, die Ursachen des Konfliktes um die Stipendien zu vertuschen. Sie will durch komplizierte Reformpläne, wie [illegible], den die ÖSU-Technik jetzt veröffentlicht hat, das wirkliche Problem verdecken, indem sie es mit allerhand anderen Fragen vermischt. In dem Reformplan der ÖSU Technik wird die Frage der staatlichen Unterstützung von Studenten ohne reiche Eltern völlig vertuscht mit dem Problem der Unterhaltsbevorschussung für Studenten, die reiche Eltern haben, deren Eltern aber nicht genug zahlen wollen. Nutzen bringt solche Plänemacherei nur dem Staat, der sich herausklauben kann, was für ihn günstig ist. Wie bei den Reformisten ist die Grundidee ihrer Vorschläge" bezüglich der Stipendien, daß ein Widerspruch zwischen den Forderungen der unbemittelten Studenten und den Interessen des Staates geleugnet und im Gegenteil von deren prinzipieller Übereinstimmung ausgegangen wird, sodaß es nur noch darum geht, das richtige "Modell" auszuarbeiten.

An einem wirklichen Erfolg der Studenten hat die ÖSU keinerlei Interesse. Ihr geht es nur darum, von Zeit zu Zeit einen Zirkus abzuziehen, um sich ihr Ansehen unter den Studenten zu erhalten, ihre bürgerlichen Anschauungen an den Mann zu bringen und um gleichzeitig zu helfen, daß der Staat seine Pläne gegenüber den Studenten mit möglichst geringem Widerstand durchsetzen kann.

Über all diese Fragen müssen sich die Studenten Klarheit verschaffen. Wenn nicht wenigstens ein gewisser harter Kern unter den Studenten sich darüber klar wird, wird es nicht möglich sein, gegenüber der Taktik des Staates, sowie trotz dem Spaltertum von ÖSU, VSSTÖ, KSV und GRM einen ausdauernden Kampf um ausreichende Stipendien sowie für eine Lockerung des Leistungsnachweises zu führen.

H.S.

Zahlen zur Novelle

Nach dem Material, das die STRV Architektur erhalten hat, ergeben sich aus dem im Ministerrat beschlossenen Entwurf für die Novelle folgende Zahlen:
Höchststipendium für am Studienort wohnende: 21.000.-S/Jahr
für nicht am Studienort wohnende: 31.000.-S/Jahr
(Die Versprechungen lauteten: ÖH im April 76:27.000.-S/Jahr bzw. 35000.-S/Jahr; Ministerium September 76:23.000.-S/Jahr bzw. 33000.-S/Jahr)
Das Höchststipendium erhält man bis 30.000.-S jährliches Elterneinkommen.
Weitere Zahlen:

am Studienort wohnende		nicht am Studienort wohnende	
jährl. Elterneinkommen	jährl. Stipendium	jährl. Elterneinkommen	jährl. Stipendium
60.000.-	15.000.-	60.000.-	25.000.-
80.000.-	10.000.-	80.000.-	20.000.-
90.000.-	6.500.-	90.000.-	16.500.-
100.000.-	2.000.-	100.000.-	12.000.-
über 100.000.-	nichts	118.181.-	2.000.-
		darüber	nichts

Von den hiergenannten Stipendienbeträgen wird noch alles abgezogen, was ein Student über 10 000.-S im Jahr (steuerpflichtiges Einkommen) verdient.
Absetzbeträge: Für jede von den Eltern oder dem Studierenden zu versorgende Person 15 000.-S/Jahr (bisher für erste Person 12 000.-S/Jahr, für die zweite 15 000.- und für jede weitere 18 000.-S), also eine Verschlechterung für kinderreiche Familien.
Erhöhung der Höchstbemessungsgrundlage bezogen auf die Novelle 71:
am Studienort wohnende: 31,3%
nicht am Studienort wohnende: 42,4%
offizieller Verbraucher-Preisindex: 50,7%
(Höchstbemessungsgrundlage = Elterneinkommen, bei dem man gerade noch ein Stipendium bekommt)

Die Umverteilungs-Ideologie – ein reaktionäres Gift

KSV und VSStÖ bestehen bei jeder Gelegenheit darauf, daß sie die Forderungen nach Erhöhung der Stipendien nicht unterstützen können, wenn nicht dazu gesagt wird "woher der Staat das [illegible] nehmen soll". Sie behaupten, die Forderungen wären borniert und reaktionär ohne ihre Finanzierungsforderungen "Bezahlung aus dem Heeresbudget" und "... durch Eintreiben der Steuerschulden der Unternehmer" oder – wie insbesondere die GRM sagt – "durch Besteuerung der Unternehmerprofite". Sie wollen damit den Studenten eine Verantwortlichkeit für den Staatshaushalt der Bourgeoisie einreden und insbesondere die bürgerlich-reformistische Ideologie der Umverteilung propagieren, die einen Eckpfeiler der Ideologie der modernen Revisionisten von der KPÖ darstellt.

Immer wieder, wenn sich die Massen gegen den Druck des kapitalistischen Staates zur Wehr setzen wollen, appellieren die bürgerlichen Politiker an das "Verantwortungsbewußtsein" gegenüber dem Staat, der ja der Repräsentant aller, der ganzen Gesellschaft sei. Jede ein gewisses Maß überschreitende Forderung einer Gruppe müßte daher eine Belastung für alle bringen, wüßte man nicht zugleich mit der Forderung die Frage zu beantworten: "Wer soll das bezahlen?"
Diese bürgerliche Propaganda, die den Klassencharakter des Staates verdecken soll, und die von den Reformisten und Revisionisten aufgegriffen wird, widerspricht jedoch diametral der Realität. Der Staat, heuchlerisch als Repräsentant aller ausgegeben, ist nichts als ein Apparat der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, zur Kontrolle der ganzen Gesellschaft, zur Aufrechterhaltung des Kapitalismus. Finanzieren läßt sich die Bourgeoisie ihren Herrschaftsapparat allerdings zum größten Teil mittels der Steuerauspressung der Massen, wobei man nicht übersehen darf, daß selbs der geringe Teil, der durch Kapitalsteuern gedeckt ist, in letzter Instanz aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse stammt. Die Tatsache, daß sie den Lohnabhängigen noch vom ohnehin schmalen Lohn die Steuern für die Erhaltung des kaptalistischen Herrschaftsinstruments abpressen, nützen die Kapitalisten als Argument dafür aus, das Gefühl der Verantwortlichkeit der Massen für den Staat zu erhöhen; denn es steckt ja – so sagen die Kapitalisten und ihre revisionistischen Apologeten – ihr eigenes Geld drinnen. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott wahrlich nicht zu sorgen. In Wirklichkeit bedeutet jedoch die Steuerausplünderung nichts anderes, als daß sich die Bourgeoisie einen Teil des Einkommens des Volkes zur Erhaltung ihres Herrschaftsapparates aneignet. Geld des bürgerlichen Staates ist Geld der Bourgeoisie. Die Massen können und dürfen keine Verantwortung dafür übernehmen.
Die Revisionisten, die von den Interessen der Arbeiterklasse auszugehen vorgeben, stehen nicht in unversöhnlicher Gegnerschaft zu diesem Staat. Im Gegenteil. Mit den Parolen "... Finanzierung durch die Eintreibung der Steuerschulden der Kapitalisten" und "Finanzierung aus dem Heeresbudget" machen sie Wind für die bürgerliche Demagogie der Umverteilung.

Ein alter Hut

Die Idee der Umverteilung wird seit mehr als hundert Jahren von den Opportunisten in den Reihen der Arbeiterbewegung vertreten. Sie besteht darin, der Arbeiterklasse und dem Volk einreden zu wollen, sie müßten dafür kämpfen, daß der bestehende Staat, also der bürgerliche, etwas gegen die schreiende Ungleichheit in der Verteilung der Lebensgüter unternimmt, indem er den Reichen oder dem Militär etwas wegnimmt und es den Armen gibt. Diese Ideologie geht hauptsächlich von zwei bürgerlichen Anschauungen aus:
1.) Der Staat wird als neutraler, über den Klassen stehender Apparat betrachtet, der die Klassengegensätze ausgleichen und damit abschwächen kann, und den auch die unterdrückten und ausgebeuteten Klassen friedlich für ihre Zwecke in Bewegung setzen können, wenn sie nur genug Druck ausüben oder gar – durch das Wahlrecht – eine entsprechende Regierung ans Ruder bringen.
2.) Der Hauptwiderspruch in

der kapitalistischen Gesellschaft wird in der ungleichen Verteilung der Mittel für den Lebensunterhalt gesehen und daher der Klassenkampf des Proletariats entstellt und beschränkt auf einen Kampf um eine günstigere Verteilung des Reichtums.
Das Resultat und der Hauptzweck dieser Ideen ist es, vor dem Proletariat das einzige Mittel, seine Lage grundlegend zu verbessern, die Revolution zu verbergen. Das heißt aber nicht, daß - wenn diese Ideen Fuß fassen - das Proletariat eben langsamer auf nicht so radikalem Wege zu seinem Ziel käme, sondern daß das Proletariat ideologisch entwaffnet wird und so darauf vorbereitet wird, bei einer Zuspitzung des Klassenkampfes von der Bourgeoisie blutig niedergeschlagen zu werden. Das hat die Geschichte immer wieder unter Beweis gestellt, auch in Österreich finden sich dafür die tragischen Beispiele von 1914 und 1934. In jüngster Zeit hat Chile mit aller Deutlichkeit gezeigt, wohin dieser "friedliche"Weg führt.
Solchen betrügerischen reformistischen Ideen wie der "Umverteilung" dürfen daher nicht die geringsten Konzessionen gemacht werden.

In offenem Gegensatz zu Marx, Engels und Lenin

Marx, Engels und Lenin sind solchen Ideen ihr Lebn lang entgegengetreten. Lenin sagt in "Staat und Revolution": "Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze". Und: "Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen 'Ordnung', die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft. Nach Ansicht der kleinbürgerlichen Politiker ist die Ordnung gerade die Versöhnung der Klassen und nicht die Unterdrückung der einen Klasse durch die andere; den Konflikt dämpfen, bedeutet versöhnen und nicht, es der unterdrückten Klasse unmöglich zu machen, bestimmte Mittel und Methoden des Kampfes zum Sturz der Unterdrücker zu gebrauchen." Die demokratische Republik ist nur eine Form der Herrschaft der Bourgeoisie: "Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus und daher begründet das Kapital, nachdem es ... von dieser besten Hülle Besitz ergriffen dat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik diese Macht erschüttern kann." Der Staat kann daher, solange er besteht, nicht zu einer sozialen Politik gezwungen werden. Was die Frage der friedlichen Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft betrifft, sagt Lenin:"Die Notwendigkeit, die Massen in diesen, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der gesamten Lehre von Marx und Engels zugrunde." (Mit "diesen Auffassungen" ist ein Engels-Zitat über die revolutionäre Rolle der Gewalt gemeint). Und: "Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich." Schon im "Kommunistischen Manifest" stellten Marx und Engels fest, daß der Kapitalismus nicht beseitigt werden kann, ohne "die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse." Dazu muß sich das Proletariat seinen eigenen Staat zur Unterdrükkung der Ausbeuter schaffen. Und in der Kritik des Gothaer Programms bemerkt Marx: "Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats." Nach den Erfahrungen der Pariser Kommune erklärten Marx und Engels in einer Vorrede, daß das Programm des Kommunistischen Manifests "heute stellenweise veraltet" sei. "Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz und für ihre Zwecke in Bewegung setzen kann." (Vorwort zur deutschen Ausgabe von 1872). Dazu erläutert Lenin: "Der Marxsche Gedanke besteht darin, daß die Arbeiterklasse die 'fertige Staatsmaschine' zerschlagen, zerbrechen muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf."(Staat und Revolution). In schroffem Gegensatz zu diesen marxistischen Auffassungen über den Staat steht die verlogene Propaganda, die Arbeiterklasse und das Volk sollten auf schrittweise Besserung ihrer Lage durch eine Umverteilung durch den Staat, also den bestehenden bürgerlichen Staat, setzen.

Aber nicht wird damit Vertrauen in den bürgerlichen Staat allein gepredigt. Das Gerede von der Umverteilung dient auch dazu, den Blick weg von den Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft auf die Frage der Verteilung der Mittel für den Lebensunterhalt zu lenken und einen Ausgleich der gesellschaftlichen Widersprüche durch eine Umverteilung zwischen Reichen und Armen zu propagieren. Marx geißelt solche Ansichten in seiner Kritik am Gothaer Programm: "Abgesehen vom bisher entwickelten war es überhaupt fehlerhaft von der sogenannten Verteilung Wesens zu machen und den Hauptakzent auf sie zu legen. Die jedesmalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Verteilung der Produktionsbedingungen selbst; letztere Verteilung aber ist ein Charakter der Produktionsweise selbst. Die kapitalistische Produktionsweise z.B. beruht darauf, daß die sachlichen Produktionsbedingungen Nichtarbeitern zugeteilt sind, während die Masse nur Eigentümer der persönlichen Produktionsbedingung, der Arbeitskraft, ist. Sind die Elemente der Produktion derart verteilt, so ergibt sich von selbst die heutige Verteilung der Konsumtionsmittel." Das Hauptgewicht auf die Frage der Verteilung zu legen dient hier wie die ganze Umverteilungspropaganda dazu, von der Notwendigkeit der Umwälzung der gesamten kapitalistischen Produktionsverhältnisse und damit der proletarischen Revolution abzulenken und unter den Massen die Illusion der schrittweisen Aufhebung der sozialen Gegensätze durch Staatseingriffe zu verbreiten.

Die Kommunisten sind nicht gegen Reformen, aber gegen den Reformismus

Die Kommunisten sind Gegner solcher Ansichten. Sie betrachten den bürgerlichen Staat als das, was er ist, als Machtapparat der herrschenden Klasse und als entscheidendes Hindernis der Revolution. Deshalb sind sie auch dagegen, daß das Volk auch nur einen Groschen Steuer für diesen Staat bezahlt.

Und sie sind dafür, daß das Volk überall dort, wo es mit ihm in Berührung kommt und wo es unterdrückt wird oder seine berechtigten Interessen verletzt werden, den Kampf gegen den bürgerlichen Staat aufnimmt. So auch in der Frage der Stipendien. Natürlich sind die Kommunisten auch für Reformen, wo diese erkämpft werden können, aber sie brandmarken den Betrugder Reformisten und Revisionisten, daß ohne Revolution etwas am sozialen Elend grundlegend geändert werden könnte.

H.Sp.

Die KPÖ: Spalter Lehrerstop

Die Studenten der Päd.Ak., die sich im Herbst im Komitee gegen den Lehrerstop zusammengeschlossen haben, um den Kampf gegen den Lehrerstop und die Verschärfung der Lehramtsprüfung zu organisierer haben sich auf eine Plattform von 4 Forderungen geeinigt, die sie mehreren Organisationer als Grundlage für ein gemeinsame Vorgehen vorlegten:
- Einstellung aller geprüften Lehrer !
- Keine Verschärfung der Lehrerausbildung !
- Keine Diskriminierung der Frau im Lehrberuf !
- Weg mit dem Sparerlaß im Bildungswesen !

Diese Forderungen wenden sich frontal gegen die reaktionäre Politik der Regierung, die mit dem Lehrerstop die miserablen Zusätnde im Volksbildungswesen noch mehr verschlechtern und die Studenten noch mehr unter Druck setzen will. Sie bringen den schroffen Gegensatz zwischen den berechtigten Interessen der Studenten und dem bürgerlichen Staat klar zum Ausdruck. Sie bilden eien sehr gute Grundlage für einen konsequenten Kampf gegen diesen Staat. Wer den Kampf wirklich unterstützen will, muß diese Forderungen unterstützen.
Weil diese Forderungen und die Bewegung der Lehrerstudenten sich gegen Maßnahmen richtet, die zu einer Verschärfung der Mißstände im Bildungswesen führen müssen, wird diese Bewegung sicherlich aktive Unterstützung in der Bevölkerung finden. Das Komitee an der Päd Ak.hat verschiedene Organisationen aufgerufen, den Kampf um diese Forderungen zu unterstützen, u.a. die KPÖ.

Bei den ersten Aktionseinheitssitzungen erschien die KPÖ in Gestalt eines ganzen Rattenschwanzes von Unterorganisationen (die nicht als Organsationen der KPÖ gekennzeichnet weden), die das Komitee, die anderen anwesenden Studenten und Organisationen gleich zu Beginn erpressten. Der REihe nach erklärten die verschiedenen getarnten KPÖ-Funktionäre, die sich als Vertreter der werktätigen Bevölkerung aufspielten, gnädig, sie fänden es schon eien gute Sache, was die PädAk.-Studenten da machten, aber so wie die Forderungen aussehen, könnten sie sie nicht unterstützen. Für die Studenten würden sie zwar ausreichen, aber für die Arbeit in der Bevölkerung wären sie eine zu schmale Basis. Die Bevölkerung könne man

der Bewegung gegen den

nur gewinnen, wenn man die Forderungen: "Senkung der KLassenschülerhöchstzahlen", "Nachmittagsbetreuung der Kinder berufstätiger Mütter" in die Plattform hineinnähme. BDL-Chef ("Bund Demokratischer Lehrer") Kreilisheim: Ohne diese beiden Zusatzforderungen könne er nicht mitmachen.

WAS IST VON DIESEN SOGENANNTEN "ZUSATZFORDERUNGEN" ZU HALTEN ?

Diese Forderungen sind keine Ergänzung, wie die KPÖ-Revisionisten andauernd behaupten, sondern der Linie des Komitees entgegengesetzt. Die KPÖ versucht, die Bewegung auf eine "ERgänzung" ihrer berechtugten 4 Forderungen durch die von den Revisionisten aufgestellten Hauptlosungen "Senkung der Klassenschülerzahlen" und "Einrichtung von Ganztagsschulen" festzulegen. Es ist kein ZUfall, daß der Stadtschulratspräsident Schnell auf der Versammlung auf der PädAk., immer begeistert den Ball aufnahm, wenn jemand auf diese Losungen zu sprechen kam und sofort betonte, genau das sei ja das Ziel der SPÖ-Bildungsreform. Sie knüpfen an den wirklichen Mißständen im Bildungswesen, allerdings nicht an den Kern der Mißstände.

Warum diese Forderungen nötig seien, wird von der KPÖ in zweierlei Hinsicht begründet:
1. Könnten diese Forderungen nur verwirklicht werden, wenn alle Lehrer eingestellt würden und
2. würden sie die Verbindung mit dne Interessen der Massen herstellen, indem sie zeigten, was mit den Lehrern geschehen soll, die eingestellt werden.
Die Vorgangsweise ist ähnlich wie bei allen Forderungen der Reformisten und Revisionisten. Jede berechtigte Forderung muß durch eine ganze Reihe von Zusatzlosungen und -Vorschlägen abgesichert werden, die möglichst eindringlich ihre Vereinbarkeit mit dem kapitalistischen System und dem Fortbestand des bürgerlichen Staates zeigen, die klar machen, daß es sich nur um alleruntertänigste Verbesserungsvorschläge handelt, die auch der Bourgeoisie nur zum besten gereichen würden. Daß weder die Senkung der KLassenschülerzahlen noch die Einrichtung von Ganztagsschulen wirklich zu einer Einstellung aller geprüften Lehrer führen müssen, sondern die Entscheidung weiterhin dem bürgerlichen Staat vorbehalten, ist nur ein Detail am Rande. Die Aufnahme dieser KPÖ-Losungenhätte in Wahrheit eine Unterordnung der gesamten Bewegung unter diese bedeuted. Zu Recht wurde dieses Ansinnen zurückgewiesen. Anstatt den Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu richten, sollten diesem Vorschläge zur wirksameren Organisierung unterbreitet werden, sollte vor der Bewegung die Tiefe der Widersprüche verschleiert und vertuscht werden, daß die Regierung ganz bewußt die Einschränkungen verfügt.

SABOTAGE DER KUNDGEBUNG

Auf der Sitzung, auf der ein Flugblatt beschlossen werden sollte und das Auftreten am Aktionstag in der Stadt und die Mobilisierungsarbeit für die Kundgebung am 18.12. festgelegt und eingeteilt werden sollte, war von den KPÖ-Organisationen nichts mehr zu sehen. Nur ein KSV-Vertreter war anwesend und erklärte diese Tatsache fol gendermaßen: Die KPÖ-Organisationen würden nicht mehr kommen und auch nicht an den Aktionen teilnehmen. Sie wären prinzipiell nur bereit, auf Grundlage ausformulierter Plattformen,die inhaltlich diskutiert werden müßten, zu arbeiten. Sie wären vom Komitee immer nur vor vollendete Tatsachen gestellt worden, es sei ihnen immer nur irgend ein Flugblatt vorgesetzt worden, das man nicht habe diskutieren können. Das Komitee habe nie eine richtige Plattform gehabt, nur so eine "Wischi-waschi-Plattform". Aber Interesse hätte, könnte sich mit ihnen über Weihnachten zu ausführlichen Diskussionen treffen.
Dieses Verhalten der KPÖ zeigt mit dankenswerter Offenheit, daß diese Leute nie ein Interesse an der Durchsetzung der Forderungen gehabt haben.
Zu beginn der selbständigen Bewegung kamen sie hervorgekrochen, versuchten die Bewegung zurückzuzerren und auf ihr bürgerliches Reformwasser zu bringen. Als sie sahen, daß sie damit nicht so leicht durchkamen, ließen sie die Sache fallen, wie eine heiße Kartoffel. Sie ernten damit die berechtigte Empörung der Kollegen, die sich für die Durchsetzung der Forderungen einsetzen.

F.K.

Pädagogisches Institut:

Resolution der Studenten im Proseminar Schmidl

Die im Proseminar vom 9.12.76 versammelten Studenten sprechen sich gegen die Sparmaßnahmen der Regierung aus, die auf eine Verschlechterung der Lage im Schulwesen hinauslaufen.

Sie unterstützen die Aktionen des "Komitees gegen den Lehrerstop" der Päd-Ak-Studenten und ihre Forderungen:

-Keine Studienverschärfungen an der Pädagogischen Akademie!
-Einstellung aller geprüften Lehrer!
-Keine Diskriminierung der Frau im Schulwesen!

Auch an der Universität Wien wurde die Lehramtsprüfung beträchtlich verschärft, damit weniger AHS-Lehrer fertig werden. Gleichzeitig wird Druck auf Sondervertragslehrer ausgeübt, und die Zahl der Dienstposten im Budgetvoranschlag 1977 bei den Bundeslehrern gekürzt.
Die Studenten des Proseminars begrüssen den Beschluß der Fakultätsvertretung Philosophie der Österreichischen Hochschülerschaft, diese Maßnahmen nicht hinzunehmen und treten ein für die Forderungen:

- Rücknahme der Verschärfung der Lehramtsprüfung!
- Vertragsverlängerung für alle Sondervertragslehrer!
- Einstellung aller geprüften Lehrer!

Diese Resolution wurde mit großer Mehrheit bei 5 Gegenstimmen angenommen.

Diese Resolution wurde nach ausführlicher Diskussion, an der unter den Kollegen großes Interesse herrschte, beschlossen. Nur ein einziger Kollege argumentierte offen auf der Linie der Regierung dagegen: erstens seien die Geburtenraten ja im Sinken begriffen und zweitens müsse man schon verstehen, daß die Sparmaßnahemn notwendig seien. Damit kam er nicht durch. Die Hauptauseinandersetzung ging um eine andere Frage: Sie ging darum, ob die Studenten in der Resolution die Politik der Regierung im Buldungswesen scharf angreifen sollen oder ob sie in ihrer "wissenschaftlichen Verantwortung" als angehende Pädagogen die Widersprüche verkleistern und das Ministerium darauf hinweisen sollen daß man ja z.B. die Klassenschülerzahl senken könne. Bemerkenswert daran ist, daß dieser bekannte"Vorschlag"der KPÖ-Revisionisten ausgerechnet von dem Assistenten ins Spiel gebracht wurde, dem der Verlauf der Diskussion offensichtlich großes Unbehagen bereitete. Dagegen wurde ins Treffen geführt, daß durch eine solche Formulierung gerade daran vorbeigegangen wird, daß die Regierung ganz bewußt die Verschärfung der Lage im Bildungswesen betreibt, daß es nicht das Problem ist, Vorschläge zu machen, was besser wäre, sondern der reaktionären Politik entgegenzutreten. Die Resolution wurde dann auch in der ursprünglichen Fassung von den anwesenden Kollegen (zwischen 3o und 40) befürwortet.

StRV-Pädagogik

PÄD.AK.: Bezeichnende Fälschung des VSSTÖ

Trotz Zusage war auf der viertenAktionseinheitssitzung des Komitees gegen den Leherstop, bei der es um die Besprechung des Aktionstages in der Stadt am 17.12. ging, kein offizieller Vertreter des VSStÖ anwesend (wohl aber ein Mitglied des VSStö). Der VSStÖ hatte den Druck des Flugblattes für den Aktionstag übernommen.

Im Entwurf dazu waren alle anwesenden Organisationen , die für den Aktionstag gestimmt hatten, unterzeichnet - der VSStÖ daher nicht.
Gedruckt erhielten wir schließlich ein Flugblatt, das
1. die Abwesenheit des VSStÖ von der Sitzung und damit die Mißachtung der inzwischen schon sehr breiten Bewegung und
2. das "Zusammengehen" des VSStö mit kommunistischen Organisationen und seine abhängige Haltung zur SPÖ vertuschen sollte: Unterzeichnet waren nämlich nur das "Aktionskomitee der Pädagogischen Akademie gegen den Lehrerstop" sowie das"Komitee der Phil. Fak. gegen den Lehrerstop."
Über diese Fälschung waren alle Komiteemitglieder sehr empört und bei der nächsten Sitzung des Komitees wird der VSStÖ zur Rechenschaft gezogen werden.

Mahlzeit !

Vor kurzem erzählte mir eine Kollegin, die kurzfristig bei der ÖH arbeitete, daß sie zufällig auf eine Rechnung über ein "Arbeitsessen" im Hotel Imperial über öS 45.000.- gestoßen war. Wie man sieht, reproduzieren die "Vertreter unserer Interessen" eine Vorgangsweise, wie sie von Regierung und Spitzenfunktionären bürgerlicher Parteien wohlbekannt ist.

E.S.
(Zelle Angl./Slaw.)

Keine Inbetriebnahme bzw. Errichtung von Atomkraftwerken in Österreich !

DIE ENTWICKLUNG DES ARBEITSKREISES ATOMENERGIE

Der Arbeitskreis Atomenergie, der vor 1 1/2 Jahren an der UNI Wien als studentischer Arbeitskreis von einigen Biologie- und Physikstudenten gegründet wurde, spielt heute eine bedeutende Rolle in der Bewegung gegen den Bau von Atomkraftwerken. Die Entwicklung dieses Arbeitskreises ist ein gutes Beispiel dafür, daß die Studenten heute zunehmend in die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen hineigezogen werden, daß es möglich ist, sie unter richtigen Forderungen und auf einer fortschrittlichen Linie für die Teilnahme an diesen Kämpfen zu gewinnen. "Die Masse der Studenten sucht den Ausweg in der Richtung von Demokratie und gesellschaftlichem Fortschritt und wirft sich nicht der Reaktion und dem Imperialismus in die Arme."(Rechenschaftsbericht der MLS)

Von anfang an waren die meisten Kollegen, die zum Arbeitskreis gekommen sind, nicht einfach an einem Studienzirkel interessiert. Ihnen ging es nicht in erster Linie um die Vertiefung ihrer eigenen Kenntnisse, um die unverbindliche Betrachtung dieses oder jenes Aspektes eines vielschichtigen Fragenkomplexes. Sie waren gekommen, weil sie es für nötig hielten, sich selbst in die Auseinandersetzung um die AKWe einzumischen, der offiziellen Lügenpropaganda entgegenzutreten, die Bevölkerung zu informieren und aufzurütteln, die Erfahrungen der bisherigen Kämpfe (v.a. das Beispiel Wyhl) zu verbreiten.

Die Niederlagen der Regierung haben die Bedingungen zur Durchsetzung der Forderungen verbessert. Es kommt nun darauf an, diese günstigen Bedingungen zu nützen. Gerade in Wien steht die Bewegung vor großen Aufgaben: am 27.1. und 24.3. sind die Regierungsveranstaltungen in Wien vorgesehen, noch heuer ist eine "endgültige Parlamentsentscheidung" geplant, das AKW Zwentendorf (4o km von Wien) soll in einem Jahr in Betrieb genommen werden. Der Erfolg in diesem Kampf wird unter anderem davon abhängen, wie weit es gelingt, den Widerstand zu organisieren, die aktiven Elemente in demokratischen Komitees auf einer richtigen Linie zusammenzufassen, um in weiteren Auseinandersetzungen besser gerüstet zu sein.

Deshalb spielten das öffentliche Auftreten unter den Kollegen und in der Stadt (Agitationsstände, Unterschriftensammeln, Broschürenverkauf) und die öffentlichen Veranstaltungen, die der Arbeitskreis organisierte, die entscheidende Rolle bei der Entwicklung des Arbeitskreises. Die Agitation war für viele Kollegen eine erste und wichtige Erfahrung. Sie mußten feststellen, daß sich vielleicht in ihrem eigenen Kopf alles um die Frage AKW drehte, die Menschen, mit denen sie konfrontiert waren, aber oft ganz andere Sorgen hatten. Daß man es lernen muß, die Dinge im Zusammenhang zu sehen, die Dinge politisch zu sehen. Gleichzeitig sahen sie, daß eine gerechts Sache Unterstützung findet. Je mehr man sich darauf konzentrierte, die Bevölkerung für die Forderungen zu gewinnen, eine breite KaMpffront gegen den Staat zu aufzubauen, desto deutlicher konnte man Erfolge sehen.

Noch etwas wurde klar: daß die Massenarbeit mit einer dauernden Auseinandersetzung, mit einem gewissenhaften wissenschaftlichen Studium nicht nur der biologisch-technischen, sondern auch der wirtschaftlichen und politischen Fragen verbunden werden werden muß.

Als die Regierung im Herbst 76 mit einem großangelegten Propagandamanöver (der "Aufklärungskampagne") begann, konnte sich der Arbeitskreis auf ein Jahr Öffentlichkeitsarbeit, auf ein Jahr wichtiger Erfahrungen stützen. Die verschiedenen österreichischen AKW-Gegnergruppen hatten sich in der "Initiative Österreichischer AKW-Gegner" zusammengeschlossen und noch im Sommer eine gemeinsame Aufklärungsbroschüre herausgegeben. Damit hatten sich die verschiedenen Gruppen auf eine gemeinsame Linie im Kampf gegen die Regierung geeinigt. Am Zustandekommen dieser Einigung und an der Erstellung der Broschüre war der Wiener Arbeitskreis maßgeblich beteiligt und konnte somit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Bewegung in ganz Österreich leisten. Diese Vorbereitung war unter anderem ein Grund dafür, daß die Regierung in dieser "Aufklärungskampagne" schwere Niederlagen einstecken mußte. "Der bisherige Verlauf hat die Bewegung gegen die geplanten Atomkraftwerke nicht geschwächt sondern gestärkt. Wir wurden darüber 'aufgeklärt', auf welcher Seite die Regierung steht, welche Interessen sie vertritt. Die Regierung wurde 'aufgeklärt', wie stark der Widerstand gegen AKWe ist und daß er von Veranstaltung zu Veranstaltung stärker wird." (aus einem Flugblatt des Arbeitskreises)

Die Frage der AKWe als Frage des Kampfes um Demokratie behandeln

Entscheidend für das Vorankommen eines solchen Arbeitskreises oder Komitees (welche es nicht nur in Wien, sondern auch in Salzburg, Innsbruck, Graz u.a. gibt) ist, auf welcher politischen Grundlage, auf welcher politischen Linie sich die Studenten mit anderen AKW-Gegnern zusammenschließen. Schließlich gibt es in Wien eine Reihe von Umweltschutzgruppen, die sich seit Jahren mit dieser Frage befassen, aber kaum einen positiven Beitrag zum Aufbau einer Kampffront geleistet haben.

Man muß wissen, um was es eigentlich geht. D.h.,man muß die Frage der Atomkraftwerke als Frage des Klassenkampfs sehen, sie richtig in die Klassenkampfsituation einordnen. Die Auseinandersetzung um die AKW ist in mehrfacher Hinsicht ein Ausdruch der Krise des Imperialismus, seiner Fäulnis und Reaktion. Sie zeigt deutlich die Unfähigkeit der imperialistischen Bourgeoisie, die Produktivkräfte, die Technik zum Wohle der Menschheit zu entwickeln. Unter den Bedingungen des Privateigentums geht der "technische Fortschritt" einher mit einer weiteren Steigerung der Ausbeutung, mit immer fortschreitender Zerstörung der Lebensbedingungen des Volks. Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Kapitalisten und ihr Staat bei der Verfolgung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen die Lebensbedingungen der Bevölkerung untergraben, Tonnen von hochgiftigem Atommüll anhäufen, ohne sich ernsthaft zu kümmern, was damit geschehen soll - das alles zeigt den Standpunkt einer untergehenden, verfaulenden Klasse, die keine Zukunft mehr hat: "Hinter uns die Sintflut !"

Gleichzeitig zeigt sich die Unfähigkeit der österreichischen Bourgeoisie, eine unabhängige Energieversorgung auf die Beine zu stellen, die Energiequellen des eigenen Landes zu nützen und zu entwickeln.

Wenn die bürgerlichen Zeitungen über die sich entwickelnde Auseinandersetzung um die AKWe schreiben, dann sprechen sie nicht nur vom "Energienotstand" sondern auch von der "Krise der Demokratie", der "drohenden Unterhöhlung unseres demokratischen Systems". Denn sie können nicht verhindern, daß die Arbeiterklasse und das Volk, denen die Zukunft gehört, sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensbedingungen zur Wehr setzen. Daß sie sich zusammenschließen und vom bürgerlichen Staat fordern, bestimmte Projekte, die ihre Existenz gefährden, nicht zu genehmigen. Daß sie ihm überhaupt das Recht absprechen, über solch gefährliche Dinge zu verfügen. Daß sie ihn durch Veranstaltungen, Demonstrationen, Bauplatzbesetzungen dazu zwingen, sich dem Willen des Volkes zu beugen ("Das Volk will kein Atomkraftwerk, dem muß sich Kreiskybeugen !")

Die "Presse" hat, von einem klaren Klassenstandpunkt ausgehend, die Sache richtig erkannt: Es gehe darum, ob die "Bürger", die Wähler, der "Souverän" für diese Entscheidung zuständig seien oder"jene, denen die Pflicht, in Fragen des gemeinen Wohls nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden, zugleich mit dem Vorrecht - jawohl mit dem Vorrecht ! - übertragen wurde, Gesetze zu machen, für ihre Einhaltung und Exekution zu sorgen"(24.11.). Das ist der Kern der Sache. Auf die berechtigen Bestrebungen der Volksmassen, denen es darum geht, ihre Lebensbedingungen zu verteidigen, hat der imperialistische Staat nur eine Antwort: Betrugsmanöver (mit wechselndem psychologischen Geschick) und brutaler Polizeieinsatz (Wyhl, Brockdorf, aber auch das Vorgehen der STAPO gegen AKW-Gegner in Österreich). Kein Wunder, wenn im Kampf immmer mehr Menschen erkennen, daß das "gemeine Wohl", das der Staat vertritt, nichtsanderes ist, als das Klasseninteresse der Bourgeoisie, daß der staatliche Gewaltapparat dazu da ist, für die "Einhaltung und Exekution" dieser Interessen zu sorgen. Darin liegt die eigentliche Bedeutung dieser Auseinandersetzung.

Das ist auch der Grund, warum alle bürgerlichen Parteien vor dieser Volksbewegung eine Heidenangst haben, einschließlich der KPÖ (die überdies noch die sowjetischen AKWe verteidigen muß) Gerade die KPÖ-Revisionisten versuchen krampfhaft, den politischen Kern der Sache zu vertuschen, die Bewegung als "Maschinenstürmerei" zu verleumden. Wenn die "Rote Perspektive"des KSV den Kampf gegen die AKWe als eine Angelegenheit von (reaktionären) Naturschützern und "Chaoten" hinzustellen versucht, so liegt sie damit genau auf einer Linie mit Kurier und Kronenzeitung. Kreisky hat schon recht, wenn er die Auseinandersetzung um die AKWe in einem Atemzug mit dem "Slove-

nenproblem" nennt. Drückt er damit doch aus, daß dies die beiden Fragen sind, in denen die Regierung bereits beträchtliche Niederlagen erlitten hat, daß dies zwei wichtige Fragen des Klassenkampfs in Österreich gegenwärtig sind. Eine große Zahl von Menschen wird in die Auseinandersetzung um die AKWe hineingezogen. Sie schließen sich zusammen, um gegen den bürgerlichen Staat ihre Interessen durchzusetzen. Das hat es in diesem Ausmaß lange nicht gegeben. Erfolge an dieser Front des Klassenkampfs haben ihre Wirkung auch auf die anderen Fronten - sie stärken den Massen den Rücken und untergraben dadurch die Macht des Staates. Umso wichtiger ist das gerade in der gegenwärtigen Situation, in der die Klassenfronten in Bewegung kommen.

Die weitere Entwicklung der Bewegung

In der Bewegung gegen die Atomkraftwerke konzentriert sich heute der immer stärker werdende Protest gegen die fortschreitende Zerstörung der Umwelt. Die Auseinandersetzungen auf diesem Gebiet werden in den nächsten Jahren weiter zunehmen (weil schließlich auch die Zustände immer unerträglicher werden). Es wird von großer Bedeutung sein, wer in diesen Kämpfen die Führung übernimmt: die Arbeiterklasse oder die Bourgeoisie.

Damit nun ein Arbeitskreis, ein Komitee, eine Bürgerinitiative vorwärtstreibend in diese Auseinandersetzung eingreifen kann, muß grundsätzliche Klarheit über folgende Fragen bestehen: Was sind unsere gemeinsamen Forderungen; an wen richten sie sich (wer ist unser Feind), auf wen können und müssen wir uns stützen (wer sind unsere Freunde). Es ist gerade die Aufgabe der Kommunisten in solchen Komitees, diese Punkte immer wieder klarzustellen, die Entwicklung des Kampfes, den Verlauf der Fronten deutlich herauszuarbeiten.

"Bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Interessen kann sich die Bevölkerung nicht auf Gesetz und Genehmigungsverfahren, nicht auf die zuständigen Behörden und Politiker verlassen, sondern nur auf die eigene Kraft und Einigkeit." Das hat alle bisherige Erfahrung bestätigt. An dieser Grundlinie muß der Arbeitskreis festhalten. So kann man allen Manövern der Regierung entgegentreten. Gleichzeitig muß die ganze Arbeit des Arbeitskreises darauf ausgerichtet sein, in den Volksmassen die Forderungen zu verankern. Die Studenten können hier mit ihrem besonderen Wissen eine sehr positive Rolle spielen: wenn sie sich nicht in den "akademischen Bereich" zurückziehen, sondern sich an der Seite der Arbeiterklasse und des Volkes in die tatsächlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einmischen. Wenn sie sich dort nicht als "selbsternannte Führer" aufspielen, sondern die Bevölkerung dabei unterstützen, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. So hat z.B. auch der Salzburger "Arbeitskreis Ökologie" bei der Bildung der Bürgerinitiative gegen ein geplantes Atomkraftwerk in Bogenhofen (Innviertel) wertvolle Unterstützungsarbeit geleistet.

Schließlich muß man lernen, organisiert zusammenzuarbeiten. Das ist gar nicht so einfach. Denn im Arbeitskreis arbeiten Kollegen mit sehr verschiedenen politischen Anschauungen. Aber schließlich gibt es eine gemeinsame Grundlage, man hat sich gemeinsam etwas vorgenommen. Daher kann nicht jeder machen, was ihm gerade einfällt, was ihm im Augenblick am meisten interessiert. Man muß lernen, nach gründlicher Diskussion zu gemeinsamen Beschlüssen zu kommen und die Arbeit auf Grundlage dieser Beschlüsse zu entfalten. Man muß lernen, die Hauptsache herauszufinden, das was heute für die Entwicklung des Kampfes am wichtigsten ist (z.B. die Voebereitung einer Protestkundgebung bei der nächsten Regierungsveranstaltung). Je klarer das Bild, das die Kollegen vom Verlauf der Bewegung und von der Klassenkampfsituation insgesamt haben, desto fester die Einheit, umso schlagkräftiger ist der Arbeitskreis.

Deshalb muß um diese Fragen eine dauernde Auseinandersetzung geführt werden. Nur so können Kapitulationstendenzen bekämpft werden, die immer wieder auftreten ("wir sind so schwach, der Markt für unsere Broschüren ist gesättigt, wir müssen lieber schauen, daß wir Kurier und Kronenzeitung für uns gewinnen"). Nur so kann man jene auf den Boden der Tatsachen zurückholen, die in großen Plänen schwelgen, die jetzt notwendige Kleinarbeit aber vernachlässigen. Nur so kann man jene Tendenzen zurückdrängen, die den Kampf gegen das AKW Zwentendorf durch die Propagierung nebuloser Energiesparreformkonzepte ersetzen wollen.

Der Arbeitskreis Atomenergie spielt einerseits eine wichtige Rolle bei der Entfaltung der Anti-AKW-Bewegung in Wien und Österreich. Andererseits sind die Erfahrungen, die mit einer solchen Initiative (die von Studenten ausgegangen ist und an der auch heute noch Studenten massgeblich beteiligt sind) gesammelt werden, wichtig bei der Entwicklung einer fortschrittlichen Studentenbewegung, für die politische Belebung an den Universitäten. Das sieht man z.B. an den biologischen Instituten, wo die Auseinandersetzung um die AKW in die Lehrveranstaltungen hineingetragen wurde.

"Insgesamt kann man sagen, daß die wachsende Unruhe und Kritik über Wissenschaft, Berufstätigkeit, Studien- und Lebensbedingungen sich in die Richtung der wachsenden Selbständigkeit, des Vertrauens auf die eigene Kraft entwikkelt. Daß aufgrund der zunehmend offensichtlich werdenden Aussichtslosigkeit für die Masse der Studenten, einen individuellen Ausweg aus ihrer Lage zu finden, die Tendenz zum Zusammenschluß unter ihnen stark wächst und sie einen Ausweg auch im Zusammenschluß mit den anderen unterdrückten und ausgebeuteten Teilen der Bevölkerung suchen."" (aus dem Rechenschaftsbericht der MLS)

Die MLS unterstützt solche Zusammenschlüsse und will die Kollegen dafür gewinnen. Der relative Erfolg solcher Zusammenschlüsse ist ein Zeichen der heute günstigen Klassenkampfsituation, ein Ausdruck der Linksentwicklung im Volk und auch unter den Studenten.

K.M.

Imperialismus und Kernenergie

Prof. Weinzierl offenbart sich

In der Broschüre des BuMiWuF "Kernenergie in Österreich - pro und kontra" ist auch ein Beitrag von Professor Weizierl vom ersten Physikalischen Institut der Universität Wien abgedruckt. Das Bemerkenswerte an dieser Broschüre ist nicht der Umstand, daß ein Physiker die Atomkraftwerke verteidigt, obwohl gerade er es besser wissen müßte, nein, das Bemerkenswerte liegt darin, daß er sie mit politischen Argumenten verteidigt.

Zur Sicherung der elektrischen Energie sei eine Ausweitung der Erdölimporte nicht erstrebenswert, da "das gesamte Erdöl aus Ländern zu beziehen ist, von deren Seite politische Pressionen und exzessive Preisforderungen auch in Zukunft nicht auszuschließen sind".

Ähnliches gelte auch für Erdgas: "Danach ist klar, daß für Österreich bei der Ungunst seiner zukünftigen Entwicklung auf dem Energiesektor jener Energieimport am vorteilhaftesten erscheint, bei dem der Brennstoffanteil am kleinsten ist, und das ist mit weitem Abstand die Kernenergie."

"Ein weiterer Vorteil der Kernenergie ist die Sicherheit der Brennstoffversorgung und die günstige Lagerhaltungssituation Uran kann aus Ländern importiert werden, die an der Aufrechterhaltung eines freien Weltmarkzes dringend interessiert sind."

Damit ist ist ja für jeden vernünftigen Menschen die Entscheidung klar: jene Energieträger, mit denen man von den Ländern der Dritten Welt abhängig ist, kommen für die Produktion von elektrischer Energie natürlich nicht in Frage. Es geht halt für den kleinen imperialistischen Räuber Österreich nicht an, sich einseitig von Ländern abhängig zu machen, die ihrerseits alle bisherigen internationalen Gepflogenheiten über den Haufen werfen, nach denen die imperialistischen Länder, allen voran die beiden Supermächte, die Handelsbziehungen - aber nicht nur diese - zu ihren eigenen Gunsten diktieren. Das darf auf keinen Fall geschehen! Lieber sich in der Brennstoffversorgung auf die anderen imperialistischen Länder stützen. Für Zwentendorf kommt das Uran aus dem rassistischen Südafrika, für St. Pantaleon aus der Sowjetunion - also aus solchen Ländern, die "an der Aufrechterhaltung eines freien Welthandels dringend interessiert sind".

Und die Gefährlichkeit der Atomkraftwerke? Aber meine Herren, bleiben wir doch seriös! "Wenn man bedenkt, daß in diesem Zeitraum, in dem diese Technologie und alle Schutzmaßnahmen erst neu entwickelt werden mußten, nur 7 Menschen durch Strahlungsschäden ums Leben gekommen sind, wobei es sich ausschließlich um Beschäftigte der Anlage und nicht um Aussenstehende handelt, da kann man trotz aller potentiellen Gefahren nicht umhin, der Kerntechnologie eine ausserordentliche faktische Sicherheit zu bescheinigen."

Und das bisschen Risiko wird uns der freie Welthandel doch wert sein!

GM
Zelle NaWi

Verwandeln wir die PROPAGANDAVERANSTALTUNG der Regierung für den Bau von AKW am 27.1. (Audi Max der Techn. Univ.) in eine Diskussion über den Kampf gegen den Bau von AKWen!

Studenten kritisieren Prof. Pietschmanns Ansichten über Krieg und Wissenschaft

Vorlesung über theoretische Physik, Quantenelektrodynamik. Die Studenten lernen heute, daß dieser Zweig der Quantenphysik eine wichtige Rolle spielt für die Anwendung ferngelenkter Raketen, Bomben, usw., weil mit den Mitteln der QED eine äußerst hohe Treffsicherheit von Geschoßen erreicht werden kann. In diesem Zusammenhang entwickelt sich eine Diskussion über die Wissenschaft und ihre Anwendung im Krieg. Professor Pietschmann meint, daß es ihm unverständlich sei, wie sich Wissenschafter überhaupt dafür hergeben können, Kriegsforschung und Entwicklung der Rüstungstechnik zu betreiben. Im selben Atemzug sagte er dann noch, daß gerade diese Aufträge sehr hoch bezahlt werden, es seien ihm z.B. 10 Wissenschafter bekannt, die in den USA Zerstörungswaffen für den Vietnamkrieg entwarfen, und die dafür 6000 Dollar pro Tag einstrichen.

WIE WERDEN HEUTE WISSENSCHAFTER AUSGEBILDET?
Sie werden in den Hochschulen vom Volk ferngehalten und mit reaktionärem Gedankengut und abstraktem Wissen vollgestopft, damit sie sich nur ja nicht um die Probleme des Volkes scheren. Mit saftigen Gehältern werden die höheren Wissenschafter noch bestochen, und fertig ist die Elite. -- Das ist die Erklärung dafür, warum sich auch für derart grausame Projekte wie die Kriegsforschung Wissenschafter finden. Gleichzeitig kommen nun immer mehr Wissenschafter und auch Studenten in krassen Widerspruch zu ihrer Tätigkeit. Die Arbeiterklasse hat alles Interesse daran, diesen Widerspruch zu schüren, und die Intelligenz für den Sturz der kapitalistischen Verhältnisse und für den Aufbau des Sozialismus zu gewinnen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion in der Lehrveranstaltung vertrat Professor Pietschmann noch eine Ansicht, wobei er auf die Kritik von Studenten stieß. So stellte er den Krieg dar als Ergebnis blinder Zerstörungswut einiger mächtiger Länder, ein Produkt des Wahnsinns und der Unvernunft, woraus sich auch ergibt, daß man gegen einen Krieg machtlos ist. Außerdem meinte er, daß "bei den heutigen Kapazitäten von Vernichtungswaffen ein Weltkrieg bestimmt die totale Vernichtung bedeutet.

Warum gibt es Kriege?

Den Charakter eines Krieges kann man nur dann erklären, wenn man sich anschaut, aus welcher geschichtlichen Situation er entstanden ist, welche Klassen den Krieg führen und welche Politik somit zum Ausdruck kommt. "Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln". Dieses Zitat von Clausewitz trifft den Kern der Sache. Seitdem der Kapitalismus weltweit in das imperialistische Stadium getreten ist, tritt eine neue Art von Kriegen auf die Tagesordnung: die imperialistischen Raubkriege um die Neuaufteilung der Welt. Der erste und zweite Weltkrieg waren solche Kriege. Was drängt nun im Imperialismus zum Krieg?

Erstens ist die Welt unter den verschiedenen imperialistischen Machtbereichen aufgeteilt. Auf der Suche nach Rohstoffen, Absatzmärkten und billigen Arbeitskräften strecken die imperialistischen Länder gierig ihre Klauen nach anderen Ländern aus. Durch die ungleichmässige Entwicklung kommt es notwendigerweise zu Änderungen in den Machtverhältnissen und der Widerspruch zwischen ökonomischer Stärke und "Mangel" an Kolonien unter den Imperialisten kann nur mehr mit Gewalt gelöst werden. Das ist ein Gesetz des Imperialismus. Vor dem ersten Weltkrieg z.B. besaß England viele Kolonien, war aber ökonomisch relativ schwach, währenddessen Deutschland, als junger aufstrebender imperialistischer Räuber sich rasch entwickelte und gegenüber seiner relativen Stärke zu wenige Kolonien besaß. Die imperialistischen Kriege um Rohstoffe, Absatzmärkte und Arbeitskräfte sind auch Kriege um die Weltherrschaft.

Nach dem ersten Weltkrieg sagten sich viele Menschen:"Dieser Krieg war der letzte Krieg, welches Unheil, welche Zerstörungen hat er uns gebracht, wieviele tausend Tote haben wir zu beklagen! Der nächste Krieg bringt unvermeidlich den Weltuntergang!"

Aber was geschah? Kaum ein paar Jahrzehnte später brachen die Imperialisten einen neuen Krieg vom Zaun, der die Greuel des vorhergehenden bei weitem übertraf. Und heute stehen wir vor dem dritten Weltkrieg! Die Supermächte, die imperialistische Sowjetunion und die USA treffen in ihrem Kampf um die Weltherrschaft alle Vorbereitungen für einen Krieg. An den werktätigen Volksmassen der imperialistischen Länder und den unterdrückten Völkern der dritten Welt liegt es, ihnen in den Arm zu fallen. Der Krieg kann verhindert werden, wenn es der Arbeiterklasse in den wichtigsten Ländern gelingt, die Diktatur des Proletariats zu errichten. Wenn jedoch die sozialistische Revolution in den bedeutendsten Ländern nicht siegt, so wird der ausbrechende Weltkrieg nicht den Weltuntergang mit sich bringen, sondern die Revolution.

Arbeitskreis zur Kritik der bürgerlichen Medizin

Seit einigen Wochen gibt es einen Arbeitskreis von Medizinstudenten, die sich mit Magenkrankheiten (Gastritis, Magengeschwüre, Magenkrebs) beschäftigt. Wir untersuchen die Verbreitung dieser Krankheit unter der Bevölkerung, ihre Ursachen und die Behandlung.
Es gibt mehrere Gründe, warum wir uns gerade mit diesem Krankheitskomplex beschäftigen:
1. gehören Magengeschwüre, Gastriris und Magenkrebs zu den häufigsten Krankheiten, die es gibt. Bis zur Jahrhundertwende nahezu unbekannt, haben diese Krankheiten inzwischen den Charakter einer "Volksseuche" angenommen. So leiden ca. 80% aller 80 jährigen an Gastritis. Ca. 15% der Gesamtbevölkerung haben Magen- oder Zwölffingerdarmgeschwüre. Magenkrebs ist in einigen europäischen Ländern die häufigste Krebtodesursache. In Österreich sind 10% aller Krebsfälle Magenkrebs.
2. Unter den Medizinstudenten gibt es ein großes Unbehagen, weil in den Lehrbüchern die entscheidenden Fragen bei der Krankheitsentstehung - nämlich deren Ursachen- nur sehr oberflächlich behandelt werden. So ist im Pathologie "Arbeitsbuch" (das man für die Prüfung auswendiglernen muß) die Rede von "angeborenen und erblichen Faktoren", von "schweren Verbrennungen", von "Röntgenstrahlen", von "chronischer Entzündung des Magens und Zwölffingerdarms". Woher z.B. diese chronische Entzündung kommen könnte, erfährt man schon gar nicht mehr. Auch nicht, woher der "Stress" kommt, der ganz lakonisch als Ursache angegeben wird.
Es ist nicht die Rede von den gesellschaftlichen Verhältnissen unter denen die Menschen heute leben und arbeiten, vom kapitalistischen Produktionsprozeß als krankheitsverursachenden Faktor.
Wir sind überzeugt, daß die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen im Kapitalismus die entscheidende Ursache für ihre Krankheiten sind. Insbesondere für die Magenkrankheiten gibt es eine Fülle von Material die das belegt:
Nacht- und Schichtarbeiter leiden häufiger unter diesen Krankheiten. In Dänemark ergab z.B. eine Untersuchung, daß von den Tagarbeitern 5% unter Magengeschwüren leiden, von den Nachtarbeitern dagegen 15%. 10,5% der Arbeiter in einer Fabrik leiden unter Gastritis, unter den Wechselschichtarbeitern litten dagegen 33% an diesen Beschwerden.
Eine andere Untersuchung in der BRD ergab, daß von 257 Arbeitern, die aus gesundheitlichen Gründen von der Nacht- zur Tagschicht wechseln mußten, 39% dies wegen "Verdauungsstörungen und Magengeschwüren" machen mußten.
Der Arbeitskreis soll sich mit der Aufdeckung solcher Zusammenhänge beschäftigen. Er soll die Darstellung in den Lehrbüchern kritisieren und herausarbeiten, warum die heutige Medizin kein Interesse an der Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse hat, sondern sich den gesellschaftlichen Ursachen der Krankheit gegenüber "blind" verhält, oder die "Schuld" an der Krankheit dem einzelnen zuschiebt.
Weiters beschäftigt sich der Arbeitskreis mit der Physiologie und Anatomie des Magens und mit der pharmakologischen, internistischen und chirurgischen Behandlung der Magenkrankheiten. Er soll herausarbeiten, unter welchen Bedingungen eine tatsächliche Heilung dieser Krankheiten erfolgen kann, und wie weit die heute gängigen Behandlungsmethoden auf eine Heilung hinauslaufen.
Als Endziel stellen wir uns vor, daß der Arbeitskreis die erarbeiteten Ergebnisse in Form einer Broschüre publiziert und unter den Medizinstudenten verbreitet. Auch sollten die Ergebnisse dazu dienen, in den entsprechenden Lehrveranstaltungen die Auseinander setzung mit den Meinungen der Professoren zu entfalten.

C.L.
(Zelle Medizin)

Erfolg der Psychologie-Studenten

Wir zitieren im folgenden 2 Flugblätter der StRV Psychologie, die den Verlauf der Auseinandersetzung für einen Wiederholungstermin in der Allgemeinen Psychologie, Neuropsychologie und Demonstrationen zur Allgemeinen Psychologie schildern.

"Am 4.11. überbrachte Kollege Ch. Pfleger von der StRV dem Professor Gutmann im Namen der Kollegen die Forderung nach einem Wiederholungstermin für die Lehrveranstaltungen "Allgemeine Psychologie", "Neuropsychologie" und "Demonstrationen zur Allgemeinen".

Durch das Fehlen eines solchen Termins verlieren eine Reihe von Kollegen ein bis zwei Semester, da sie nicht rechtzeitig in das Planungspraktikum kommen. Außerdem steht den Studenten sogar gesetzlich das Recht auf Wiederholung von Vorlesungsprüfungen innerhalb von 6 Wochen zu.

Professor Gutmann sagte deshalb zu, zu Beginn der nächsten Vorlesung über die Sache zu reden, da ihm das selbst "nicht ganz geheuer sei". Umso erstaunter waren die Kollegen, als Professor Gutmann die Studentenvertreter, die ihn an sein Versprechen erinnerten, abkanzelte und in seine Sprechstunde verwies - dorthin solle jeder kommen, den die Sache etwas anginge. Die Studenten waren geschlossen der Meinung, daß sie das alle etwas anginge. Daraufhin wollten sie die Diskussion weiterführen. Professor Gutmann zog es aber vor, die Vorlesung abzubrechen und sich zurückzuziehen.

Die Kollegen beschlossen daraufhin folgende Resolution:

Wir protestieren entschieden gegen das Verhalten von Professor Gutmann in der "Allgemeinen Psychologie" am 11.11.76 und gegen die Nichteinhaltung seines Versprechens, in dieser Vorlesung zur Einführung eines Wiederholungstermins in seinen Lehrveranstaltungen Stellung zu nehmen und mit den Studenten darüber zu reden.

Die anwesenden Studenten fordern Prof. Gutmann auf, einen Wiederholungstermin nach jeder Prüfung in den LVen Alllgemeine Psychologie, Neuropsychologie und Demonstrationen zur Allgemeinen einzuführen.

Prof. Gutmann soll zu Beginn der nächsten LV zu den Forderungen der Studenten Stellung nehmen und mit uns darüber diskutieren.

einstimmig beschlossen von den 200 anwesenden Studenten" (Außerdem wurden noch Unterschriften gesammelt)

Kurz zum Verlauf der Verhandlungen mit Professor Gutmann:

Um 10.45h hatten sich ca. 40 Studenten am Psychologischen Institut eingefunden. Die Kollegen versammelten sich vor dem Zimmer von Professor Gutmann. Man vereinbarte, sich in den Seminarraum zu begeben. Nachdem Kollegin Inge Pfleger als Studentenvertreterin nochmals die Forderungen der Studenten bekräftigt hatte, machte Professor Gutmann einen "Kompromissvorschlag" ..., der in keiner Weise den Forderungen der Studenten entsprach. Deshalb lehnten die Kollegen diesen Vorschlag nach kurzer Diskussion ab und beharrten auf den ursprünglichen Forderungen, die in der Allgemeinen letzten Donnerstag von den Studenten beschlossen wurden.

Als Professor Gutmann einsah, daß sein Vorschlag nicht geeignet war, die einheitliche Front der Kollegen aufzubrechen und niemand bereit war, darauf einzugehen, stimmte er plötzlich dem ursprünglichen Vorschlag zu: es wird ab diesem Semester einen Wiederholungstermin wie in der Statistik geben.

Wir ersuchen Professor Gutmann die Zusage, die er vor den Kollegen gegeben hat, heute in der Vorlesung nochmals vor allen Kollegen zu bekräftigen, damit es zu keinen Mißverständnissen kommt.

Die Einführung des Wiederholungstermins ist als großer Erfolg des einheitlichen kompromißlosen Auftretens der Studenten zu werten. Was jahrelang durch Bitten und Einbringen in Studienkommission etc. nicht erreicht wurde, wurde durch unser einheitliches Vorgehen und unsere Bereitschaft, keinem Druck zu weichen , durchgesetzt.

In der folgenden Woche wurde der Wiederholungstermin in "Allgemeiner Psychologie","Neuropsychologie" und "Demonstrationen zur Allgemeinen" zugesichert.

In einem weiteren Flugblatt der StRV vom 18.11. heißt es: "Das einheitliche geschlossene Vorgehen der Studenten der Allgemeinen Psychologie führt zum Erfolg:
Professor Gutmann hat heute vormittag vor über 40 Kollegen folgende Regelung zugesagt: Erster Prüfungstermin vor den Semesterferien, zweiter Prüfungstermin nach den Semesterferien, Wiederholungstermin für beide Prüfungstermine gemeinsam ca. 4 Wochen nach dem zweiten Termin - und zwar für alle drei obengenannten Lehrveranstaltungen.
Das zeigt den Weg, den die Studenten gehen müssen:
Nur durch die Einheit der Studenten hinter den richtigen Forderungen können wir Verbesserungen unserer Studiensituation oder die Abwehr von Verschärfungen erreichen.

Christian Pfleger, Studienrichtungsvertreter"

Prof. Bayr-Klimpfinger hat der Kritik nichts entgegenzusetzen

Wir haben die reaktionären, volksfeindlichen Ansichten von Prof. Bayr-Klimpfinger in der letzten Nummer der KHZ scharf angegriffen. Ebenso wird sie Stunde für Stunde von den Studenten in ihrer Vorlesung angegriffen.
Nachdem sie in den ersten beiden Stunden keine Wortmeldungen der Studenten zulassen wollte und mit dem Abbruch der Vorlesung drohte, mußte sie zugestehen, daß ein Teil jeder Vorlesungsstunde für die Auseinadersetzung mit ihren Ansichte freigegeben wurde.
Wir haben uns in der Kritik auf ein Skriptum der ÖH über ihre Vorlesung aus den Jahren 1965 und 1966 bezogen, das jetzt neu herausgegeben wurde. Heute wagt sie es nicht mehr, die zitierten Ansichten offen zu vertreten. Sie läßt sie einfach weg, sie bringt in der Hauptsache nur noch "DAtenmaterial", streicht ihre "theoretischen" Ansichten und gibt vor, sie habe so etwas nie gesagt - die ÖH hat sich den Inhalt des Skriptums wohl selbst ausgedacht.
Tasache ist, daß Prof. Bayr-Klimpfinger sich heute nicht mehr so ohne weiteres leisten kann, ihre Ansichten so offen zu vertreten wie vor 10 Jahren. Das zeigt, daß sich die politischen Verhältnisse an den Hochschulen geändert haben, daß offene Reaktionäre vor der fortschrittlichen Studentenbewegung zurückweichen müssen.

Germanistik-Studenten lehnen die StO ab!

Seit 1974 war in der Studienrichtung Deutsche Philologie die Rede von der neuen Studienordnung; während sich die Studienrichtungsvertretung (sog. Unabhängige) schon immer darauf orientiert hat, Studienpläne zu entwerfen und sie den Studenten schmackhaft zu machen - die Studienrichtungsvertreter gingen von 30 Stunden aus, 20 im ersten Abschnitt, 10 im zweiten Abschnitt (siehe Beiträge zum Deutschstudium Juni 1974, S.4), wurde schon damals die Studienordnung auf einer Hörerversammlung abgelehnt.

Dann wurde die Frage der Studienordnung erst wieder letztes Semester (SS 76) von der MLS-Zelle anläßlich der STRV-Wahlen vor den Kollegen aufgeworfen. Zu diesem Zeitpunkt war es abzusehen, daß das Ministerium die Einführung der STO vorantreibt. Unsere STRV wußte das auch, machte aber keinen Schritt, die Studenten zu informieren und gegen die Verschärfungen zu mobilisieren. Im Gegenteil, noch vor der Wahl brachten die "Unabhängigen" der STRV eine Broschüre heraus, wo sie die Reglementierung des ersten Studienabschnittes geradezu verlangen - mit dem Argument,daß man sich dann besser von der AHS auf den Unibetrieb einstellen kann (siehe Informationsbroschüre der "Unabhängigen" S.12) - was eines der Argumente des Ministeriums ist. Ansonsten keine Information, nur Fronten verwischen und Abwiegeln (siehe Mitteilungen der STRV). So ist es am Germanistischen Institut dem Ministerium gelungen, die Auseinandersetzungen über die STO innerhalb der Studienkommission zu belassen.

Anfang dieses Semesters wurde die neue STO vom Ministerium verordnet. Sie bringt: Verdoppelung der Stundenzahl (1. Abschnitt 24-28 Stunden, 2.Abschnitt 2o-24 Stunden), I.Diplomprüfung, 6-Semesterfrist.

Dieses Semester wurde die Sache gleich zu Beginn aufgegriffen, was dazu geführt hat, daß viele Kollegen hellhörig geworden sind; begünstigt war das durch die verschärfte Handhabung der Anmeldelisten für Übungen zu Beginn des Semesters.

Mit der "Wissenschaftlichen und emotionalen Opposition" (WEO), die sich dieses Semester gebildet hat, konnte die Haltung gegen die STO zwar verbreitert, aber nicht vertieft werden. Denn die WEO macht Panik und Untergangsstimmung, sagt, man darf sich "den entgeistenden Mächten nicht fügen" (Zentralorgan hrumstreunender Germanisten 1 S.1, das ist die Zeitung der WEO) ansonsten tritt der "Tod der Gerechtigkeit" ein (S.2). Aber dadurch, daß sich viele Studenten um die Vorgänge in

Fortsetzung auf S.1o

Die Studienreform und die Aufgaben der Studentenbewegung

Mitte Dezember haben sich auf die Initiative der STRV Physik Vertreter von fast 10 Studienrichtungen an der Philosophischen Fakultät getroffen, um über das Vorgehen der Studenten gegen die studienreform der imperialistischen Bourgeoisie zu beraten. Man ist zu keiner Einigung gekommen, sondern es hat sich herausgestellt, daß große Unklarheiten sowohl über die Reform selbst als auch über die gegenwärtigen Möglichkeiten des Kampfes dagegen und eine zielführende Vorgangsweise bestehen.

Über diese Fragen muß jetzt unbedingt die Auseinandersetzung geführt werden, weil eine neue Angriffswelle zur Durchsetzung der Studienreform seitens des Ministeriums bevorsteht bzw. schon begonnen hat. Anfang November wurde die Frage in der bürgerlichen Presse relativ breit diskutiert und auch im Parlament behandelt. Minister Firnberg erklärte in diesem Zusammenhang, daß "in der letzten Zeit die Organisationsreform vordringlich gewesen wäre. Nun erst könne man auch die Studienreform neuerlich in Angriff nehmen". (Kurier v. 6.11.76, ebenso Presse 6.11)

Die bisherigen Auseinandersetzungen

Seit ihrem Regierungsantritt hat die SPÖ zielstrebig die HS-Reform vorangetrieben, wobei sie von Anfang an versucht hat, die Unzufriedenheit der Studenten über ihre Rechtlosigkeit, über die alten elitären Strukturen an den Hochschulen, die reaktionären Professoren und ihre "Ordinarienherrschaft" auszunutzen und die Reform als fortschrittliche und demokratische Maßnahme hinzustellen bei der auch die Studenten "mitbestimmen" könnten.

Die ÖSU, die in einer großen Zahl von Studienrichtungsvertretungen über die Mehrheit verfügt, hat ihr in der Studentenschaft aktive Schützenhilfe geleistet, die Pläne des Ministeriums überall mitbeschlossen und dort, wo es zu Kampfschritten der Studenten gekommen ist, diese mit allen Mitteln behindert und zurückgezerrt.

Die Sozialdemokraten und die Revisionisten" Haben an der Reform ihre "fortschrittlichen Seiten" erkannt, die man unterstützen und nach "rechts und links" verteidigen müsse. (In der Erklärung des KSV zum UOG hat es beispielsweise geheißen, man müsse die "letzten Grundlagen für eine fortschrittliche Hochschulpolitik, die im UOG-Entwurf noch erhalten geblieben sind gegn alle Angriffe von rechts und ultralinks verteidigen").

Die politische Linie der Reformisten die den Studenten die HS-Reform als das "kleinere Übel" gegenüber den "alten Zuständen" zu verkaufen suchen, das man gegen die "bürgerliche Reaktion" von ÖVP FPÖ und Professorenschaft verteidigen müsse, wurde begünstigt durch das Geschrei der Professoren zur Verteidigung bestimmter Privilegien gegenüber der verstärkten und direkten Kontrolle und Leitung der Hochschulen durch das Ministerium

Kein fortschrittlicher Student wollte natürlich die Professoren dabei unterstützen. So brachte die SPÖ-Regierung ein wichtiges Teilstück der Reform - das UOG- ohne Widerstand seitens der Studenten über die Bühne. Die Studentenbewegung nahm damit kampflos ein Gesetz hin, das ihre verstärkte politische Unterdrückung beinhaltet: Erleichterung von Polizeieinsätzen gegen "Unruhen" an den Hochschulen und jederzeitige Möglichkeit des Verbots von politischen Veranstaltungen an den Hochschulen. (Grundsätzlich sind lt. § 103 des UOG überhaupt keine politischen Veranstaltungen erlaubt, sondern nur solche, die sich mit "wissenschaftlichen und kulturpolitischen" Fragen beschäftigen und auch die können jederzeit untersagt werden)

Nicht so leicht haben es die Organe des Staates bei der Durchsetzung der Studienreform gehabt. Zwischen dem SS 74 und dem SS 75 wurden heftige Kämpfe gegen die neuen Studienordnungen geführt. An der Phil. Fak. führten die Mathematik- und Physikstudenten sowie die Soziologiestudenten aktive Streiks durch und besetzten die Institute, am Pädagogischen und Philosophischen Institut blokierten die studentischen Vertreter in der Studienkommission die gesetzliche Weiterführung der Reform durch das Gruppenveto. Aber die Bewegung blieb beschränkt auf wenige Institute und der Versuch der Mathematik- und Physikstuden-

---

Fortsetzung von S.9

Sachen STO kümmerten, sah die STRV sich veranlaßt, eine HV einzuberufen, wo sie ihren Entwurf zum Studienplan schmackhaft machen wollte. Trotzdem für die HV fast nicht mobilisiert wurde, kamen über 5o Kollegen, auch zwei Assistenten erschienen, eingeladen vom STRV-Vorsitzenden! Die 3 Leute, STRV-Vorsitzender und die beiden Assistenten versuchten die Studenten auf die neue STO zu vergattern. Unsere Zelle versuchte die Bedeutung der STO klarzumachen: daß es nicht richtig sei am Studienplan mitzuarbeiten, sondern vielmehr darum ginge, gegen die drastischen Verschärfungen anzukämpfen (Fristen, Klauseln). Der Assistent drohte, daß es dann noch viel dicker kommen würde, wenn sich die Studenten weigerten, am Studienplan mitzuarbeiten, und der STRV-Vorsitzende erklärte, daß er sich nicht an den Beschluß der HV halten werde, wenn die Studenten gegen die Mitarbeit seien. Begünstigt durch die Einschüchterungspolitik der Assistenten fand die Linie der STRV eine knappe Mehrheit. Detail am Rande: KSV enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme, weil er nicht gewillt sei, "so einen Kampf gegen die STO zu führen"! Die HV beschloß dann, 2 Wochen später noch einmal eine HV abzuhalten, um diese Frage weiter zu verfolgen. Diese fand am 2.12. statt. Dort sah dann die STRV ihre Felle davonschwimmen. Es waren fast 1oo Kollegen anwesend. Mit überwältigender Mehrheit wurde zuerst beschlossen, die Assistenten, die wieder von der STRV eingeladen worden waren, hinauszuschmeißen, weil wir auf ihre Drohungen nicht neugierig wären. Weiters wurde beschlossen, die Sto nicht hinzunehmen, solange die Fristen und Klauseln und so eine drastische Erhöhung der Stundenzahlen in ihr enthalten sind. Die STRV wurde angewiesen, sich entsprechend in der nächsten Stu-Ko Sitzung zu verhalten (keine Mitarbeit am Studienplan, Veto dagegen, solange er auf STO mit Fristen und Klauseln beruht. Die STRV-Mitglieder haben dann bekundet, daß sie sich ans imperative Mandat ab jetzt halten werden und obiges (Veto) in der StK durchführen werden. Dazu wurde von der WEO und den StR -Vertretern eine Unterschriftenaktion gestartet, wo die Studenten bekunden sollten, daß sie dieses Vorgehen (Veto, etc.) der studentischen StK-Mitglieder begrüßen. Es wurden sicher über 200 Unterschriften gesammelt.

Am 15.12. fand noch einmal eine Hörerversammlung statt. Da rächte es sich dann, daß die Studenten nicht mit der Ablehnung der Studienordnung und von Verhandlungen über den Studienplan auf dieser Grundlage über Kampfschritte beraten und beschlossen hatten. Die StRV, die sich auf der letzten HV verpflichtet hatte, die Beschlüsse durchzuführen und das Veto einzulegen, hatte in der inzwischen stattgefundenen Sitzung der Studienkommission diese nicht einmal von dem Beschluß der Studenten in Kenntnis gesetzt sondern die STO nur "bedenklich" gefunden. Sie begründete ihre Vorgangsweise damit, daß man nicht zu radikal auftreten darf, um "doch noch einen vernünftigen Kompromiß" zu finden. Die Studenten haben beschlossen, daß auf der Grundlage der STO nicht verhandelt werden kann, daß mindestens die Fristen und Klauseln heraus müssen, sowie die Zahl der Pflichtstunden gesenkt werden muß, daß daher das Ministerium die STO zurücknehmen muß. Entweder die Mehrheit der STK stimmt einen entsprechenden Antrag zu, oder die Studenten bloquieren weitere Verhandlungen mit dem Gruppenveto. Wo bleibt da der Kompromiß? In beiden Fällen ist für den Erfolg entscheidend, daß die Germanistikstudenten ihrer Ablehnung durch entsprechende Maßnahmen Ausdruck verleihen und Druck sowohl auf die Professoren als auch gegen das Ministerium ausüben.

In dieser Richtung war die HV kein Schritt, es wurde nicht darüber diskutiert, welche Kampfmaßnahmen die Germanistikstudenten unternehmen können. Es wurde der STRV das Mißtrauen ausgesprochen und sie zum Rücktritt aufgefordert, was gut und richtig ist, aber nicht ausreicht.

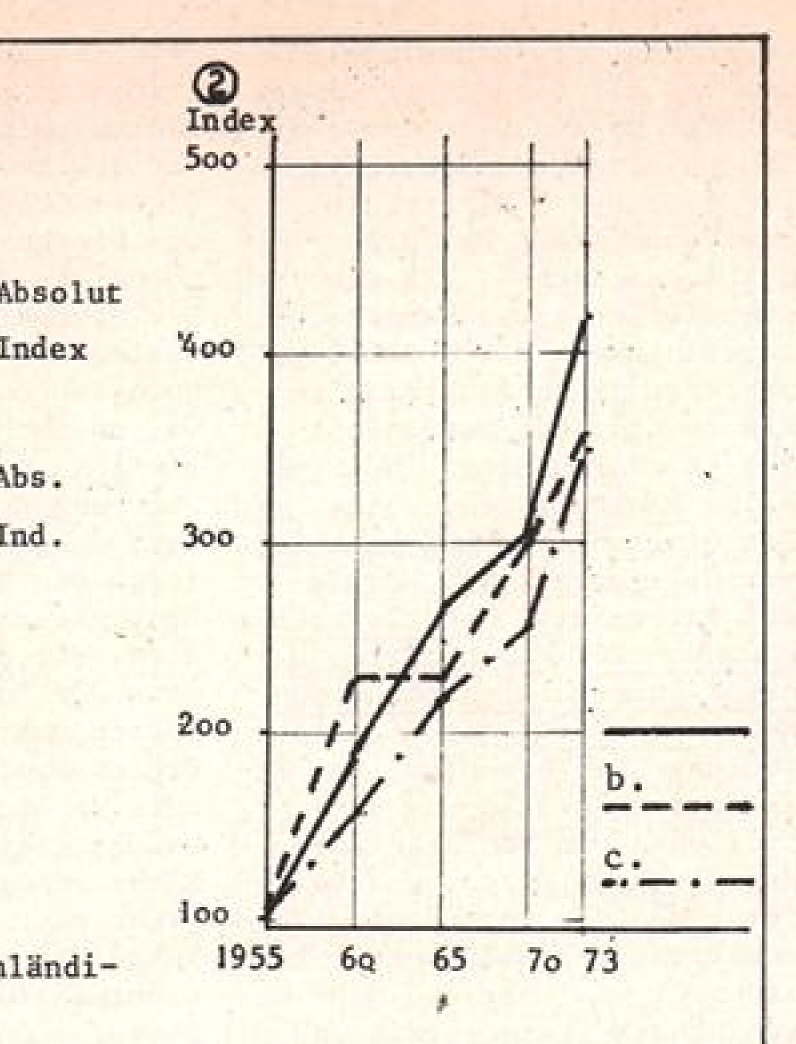
Die WEO, die sich soviel über die "graue Masse der Unbeteiligten" moquiert, sollte sich lieber überlegen, was die politischen und ideologischen Hindernisse sind, die einer Beteiligung von vielen Studenten an Kampfschritten entgegenstehen. Solange sie den Studenten weismacht, daß es darum geht, "die Verhandlungsposition der Studienrichtungsvertreter in der Studienkommission zu stärken" (Zentralorgan herumstreunender Germanisten, Nr.2) und damit den Blick der Studenten auf dasjenige Gremium lenkt, in dem sie gar nichts erreichen können, das nur dem Betrug und der Unterordnung der Studenten dient, und den Blick der Studenten von ihrem eigenen Kampf ablenkt, solange wird sie die Studenten nicht zur Beteiligung an den Auseinandersetzungen bewegen, sondern sie davon abhalten.

H.St.
(Zelle Germanistik)

Schaubild ①

1955	196o	1965	197o	1973	
a. Gesamtzahl der Studenten					
14 ooo	27 ooo	38 ooo	43 ooo	59 ooo	Absolut
1oo	193	271	3o7	421	Index
b. Studienanfänger					
3 ooo	7 ooo	7 ooo	9 ooo	11 ooo	Abs.
1oo	234	234	3oo	367	Ind.
c. Anteil der Studenten an der 18-26 jährigen Wohnbevölkerung					
2%	3%	5%+	5%	7%	
1oo	164	224	267	353	
d. Anteil der Erstsemestrigen am entsprechenden Altersjahrgang					
		6%+	8%	9%	

+Zahlen von 1966; gemeint sind immer ordentliche inländische Hörer.



ten im Dezember 74,die Bewegung zu allgemeinen Kampfmaßnahmen auszuweiten,scheiterte.Über ein Jahr zog sich die Auseinandersetzung um die Studienordnung für das Lehramt an Höheren Schulen,an der sich hunderte Studenten aktiv beteiligten,es aber nicht gelang, die Masse der Lehramtsstudenten aktiv hineinzuziehen. Außer den Architekturstudenten die durch eine Rektoratsbesetzung die Dreisemesterfrist für die technischen Studienrichtungen vorläufig zu Fall bringen konnten und der Angewandten,wo die Einführung der neuen Sto hinausgezögert werden konnte,haben die Studenten im Kampf gegen die Studienreform vorläufig durchwegs Niederlagen erlitten. Die Bewegung an den einzelnen Instituten war zu schwach,um die harte und entschiedene Haltung des Ministeriums zu brechen.Ein Soziologie-StRV berichtete in der KHZ vom Jänner 75 über die Verhandlungen im Ministerium:"Am Mittwoch,den 21.11.1974 überbrachten Physik-,Mathematik- und Soziologiestudenten ihre Forderungen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung... Ministerialrat Otruba begrüßte uns mit folgenden Worten:' Die Zurücknahme der Studienordnung ist nicht möglich... Sie können fordern,was Sie wollen,zurückgenommen wird nichts!' Er knallte dabei seine flache Hand auf den Tisch... Als wir unsere Forderungen vorlasen, brüllte uns Otruba jedesmal 'Abgelehnt!' ins Gesicht. 'Wir stehen auf dem Standpunkt der derzeitigen Gesetze,Sie aber nicht,damit haben Sie jede Basis einer Verhandlung oder eines Kompromisses zerschlagen.Nur wenn Sie Ihren Standpunkt aufgeben,können wir verhandeln.' Als wir klarmachten,daß wir auf dem Boden der bestehenden Gesetze nicht verhandeln,sondern im Gegenteil ihren Fall fordern,meinte Otruba: 'Dann wird die Studienreform ohne und gegen die Studenten durchgeführt!' " Sowohl bei den Physik- und Mathematikstudenten als auch bei den Soziologen wurde versucht,Kollegen,die am Streik führend teilgenommen haben, zu kriminalisieren.Diese Versuche konnten zurückgeschlagen werden.Der freche Angriff auf den Kollegen Grosser in diesem Semester war ein Nachspiel dieser Auseinandersetzungen.

Wir sind so breit auf die bisherigen Auseinandersetzungen eingegangen,um zu zeigen, daß es sich bei der Studienreform um eine komplizierte Frage handelt,in der die Widersprüche äußerst scharf sind,in der noch langwierige Auseinandersetzungen bevorstehen und keine leichten Erfolge zu erringen sind. Dementsprechend erfordert ein erfolgreicher Kampf in dieser Frage auf seiten der Studenten ein hohes politisches Bewußtsein. Dazu muß die Linie der Reformisten geschlagen werden.

Wir brauchen Klarheit über den Charakter der HS-Reform und darüber, wer der Hauptgegner ist

Welche Fragen stehen im Vordergrund?
1. hat die HS-Reform gewisse fortschrittliche Seiten gegenüber den alten Zuständen oder handelt es sich um eine durch und durch reaktionäre, imperialistische Reform?
2. stehen uns als Gegner die reaktionären Professoren gegenüber, denen man in den Studienkommissionen ein fortschrittliches und demokratisches Studium abringen muß oder steht uns die imperialistische Bourgeosie und ihr Staat mit der SPÖ-Regierung an der Spitze gegenüber, deren Aufträge die Professoren durchführen?
3. auf welcher Linie muß dementsprechend der Kampf geführt werden?

Um Klarheit in diesen Fragen muß der Kampf über richtig und falsch geführt werden. Dazu muß erstens untersucht werden, welche Probleme die HS-Reform der imperialistischen Bourgeosie zu lösen hat und wie sie sie lösen will. (Ich beziehe mich bei der Untersuchung insbesondere auf den Hochschulbericht 1975 und den Bericht des Wissenschaftsministeriums an die OECD 1975) Die Hochschulreform ist ein großangelegter Plan, ihre Anfänge gehen schon in die erste Hälfte der 6oer Jahre zurück. Es handelt sich dabei um die Studienreform (Allgemeines Hochschulstudiengesetz(AHSTG) 1966- besondere Studiengesetze-Studienordnungen(STO)-Studienpläne) sowie um die Verwaltungs- und Organisationsreform (Universitätsorganisationsgesetz (UOG) 1975).
Als "Aufgabenstellung" wird genannt die "Bewältigung des Massenstudiums und der Wissenschaftexplosion" (OECD, p.27), dabei "die Studienreform als primäres Anliegen der HS-Reform" (ebda.). Gleich vorweg muß festgestellt werden, daß mit der Studienreform nicht eine durchgreifende Reform der Studieninhalte gemeint ist und auch nie war, sondern in erster Linie eine Reform des Studienablaufs verbunden mit bestimmten Umstellungen, Verschiebungen von Schwerpunkten usw. bei den Inhalten. Dies festzustellen ist wichtig, weil in diesem Punkt von Anfang an von Seiten der Reformisten viel Verwirrung gestiftet worden ist und Illusionen gezüchtet worden sind mittels der Argumentation: Wenn die Inhalte schon reformiert werden, dann müssen wir um "demokratische Inhalte" kämpfen und "positive Forderungen" aufstellen. Daß diese Darstellung ganz falsch und irreführend ist, kann ausführlich nachgelesen werden im Bericht an die OECD,p.26-35,sowie im Hochschulbericht, p.1o2-1o7.
Was ist nun zu halten von der "Bewältigung des Massenstudiums und der Wissenschaftsexplosion"?Tatsächlich ist seit 1955, insbesondere seit der Mitte der 6oer Jahre eine beträchtliche Steigerung der Studentenzahlen zu verzeichnen (s. Schaubild 1 und 2)
Diese Entwicklung, die in der Sprache der bürgerlichen Wissenschaftler "l'explosion scolaire" genannt wird, gibt es in allen imperialistischen Ländern des Westens und ist direkt mit der Entwicklung des Imperialismus verbunden. Sie wird seit der Mitte der 6oer Jahre von der Bourgeosie bewußt gefördert und geht in stärkeren imperialistischen Ländern noch rascher vor sich als in Österreich. (Schaubild 3)

Schaubild 3: Vgl. des Anteils der Erstinskribenten (ord. inl. Hörer) am entsprechenden Altersjahrgang der Wohnbevölkerung BRD-Österreich

	BRD	Östereich
1965	6%	5%
197o	9%	7,7%
1975	14%	9%

In den "Pädagogischen Mitteilungen", dem offiziellen Organ des Unterrichtsministeriums von 1963,Stück 1,p.4 wird der "Entdecker" dieser Entwicklung, Louis Cros aus seinem Buch "L' explosion scolaire" zitiert: "...das Anwachsen der hochqualifizierten Führungskräfte...ist typisch für die Industriegesellschaft. In einer solchen kommt den mit der Vorbereitung und Koordinierung der mit den technischen Arbeiten verbundenen Aufgaben im Vergleich zur technischen Fertigung selbst eine immer größer werdende Bedeutung zu. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß in einer komplexen Wirtschaft ...alle Beschäftigungen und Berufe intellektueller Natur sowie Tätigkeiten, die sich im Bereich der zwischenmenschlichen Beziehungen abspielen, eine zunehmende Tendenz aufweisen...Aus dem Gesagten ergibt sich also eine beträchtliche Verminderung der Zahl der Beschäftigungsmöglichkeiten für manuelle Arbeiter und eine entsprechende Zunahme der Beschäftigungsmöglich-

keiten für geistig Berufstätige ..."
Diese Entwicklung wird im allgemeinen als "Öffnung der Hochschulen" auch für die "Unterprivilegierten" bezeichnet und als fortschrittliche Entwicklung hingestellt. Wenn man aber untersucht was ihr zugrundeliegt, kommt man zu dem Schluß, daß sie ein Ausdruck der Zersetzung der kapitalistischen Gesellschaft in ihrem imperialistischen Stadium und des Anwachsens der Widersprüche innerhalb dieser Gesellschaft ist:
Im Imperialismus schreitet die Vergesellschaftung der Produktion rasch voran, immer gewaltigere Produktivkräfte werden in einzelnen Händen konzentriert, Produktion und Austausch der Produkte nehmen immer massenhafteren Umfang an und erstrecken sich über den ganzen Erdball - das muß alles verwaltet und reguliert werden. Diese Entwicklung geht unter den Bedingungen des Imperialismus nicht planmäßig vor sich, sondern anarchisch, die ökonomischen Gesetze setzen sich - gewaltsam - hinter dem Rücken der Menschen durch und die Widersprüche entladen sich regelmäßig in immer gewaltigeren Wirtschaftskrisen. Welche Erscheinungen folgen daraus:
- Die Kapitalistenklasse tritt immer mehr neben den Produktionsprozeß, ihre Zahl immer geringer- an ihrer Stelle müssen bezahlte Funktionäre die Leitung und Verwaltung der Produktion übernehmen, die sich den Kopf darüber zerbrechen, wie die Ausbeutung der Arbeiterklasse möglichst profitabel organisiert werden kann.
- Mit dem Anwachsen der Widersprüche wird die Gesellschaft immer enger und umfassender vom imperialistischen Staatsapparat umschlungen - der Beamten- und Verwaltungsapparat wird immer mehr aufgebläht.
- Tätigkeiten, die von der Gesellschaft erfüllt wurden, werden zunehmend durch den Staat übernommen- z.B. können die Arbeiterfamilien die Erziehung ihrer Kinder in dem Maß nicht mehr selbst durchführen, indem die Frauen zunehmend in den Produktionsprozeß gezogen werden.
Für alle diese Aufgaben muß die geeignete Zahl von Funktionären ausgebildet werden und ein Teil davon wird an den Hochschulen ausgebildet. Diese Entwicklung, die ihren Ausdruck in der "Bildungsexlposion" findet, die von den Propheten der imperialistischen Bourgeosie als neue, fortschrittliche Entwicklung angepriesen wird - Sinken der Zahl der produktiven Arbeiter auf der einen Seite, ein gewisses Ansteigen der "intellektuellen Berufe" auf der anderen Seite - wurde durchaus nicht in den 60er Jahren dieses Jahrhunderts erkannt, sondern 100 Jahre früher von Marx und Engels. In dem Werk von Engels "Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" werden beide Erscheinungen bereits dargestellt. Es heißt da: " Es ist die treibende Kraft der Produktionsanarchie, die die unendliche Vervollkommerungsfähigkeit der Maschinen der großen Industrie in ein Zwangsgebot verwandelt für jeden einzelnen industriellen Kapitalisten, seine Maschinerie mehr und mehr zu vervollkommern, bei Strafe des Untergangs. Aber Vervollkommnung der Maschinerie, das heißt Überflüssigmachung von Menschenarbeit. Wenn die Einführung und Vermehrung von Maschinerie Verdrängung von Millionen von Handarbeitern durch wenige Maschinenarbeiter bedeutet, so bedeutet Verbesserung der Maschinerie Verdrängung von mehr und mehr Maschinenarbeitern selbst und in letzter Instanz Erzeugung einer das durchschnittlichr Beschäftigungsbedürfnis des Kapitals überschreitenden Anzahl disponibler Lohnarbeiter, einer vollständigen industriellen Reservearmee... So geht es zu, daß die Maschinerie, um mit Marx zu reden, das machtvollste Kriegsmittel des Kapitals gegen die Arbeiterklasse wird, daß das Arbeitsmittel dem Arbeiter fortwährend das Lebensmittel aus der Hand schlägt, daß das eigene Produkt des Arbeiters sich verwandelt in ein Werkzeug zur Knechtung des Arbeiters." (MEW 19, p.217)
auf der anderen Seite: " Wenn die Krisen die Unfähigkeit der Bourgeoisie zur ferneren Verwaltung der modernen Produktivkräfte aufdeckten, so zeigt die Verwandlung der großen Produktions -und Verkehrsanstalten in Aktiengesellschaften, Trustes und Staatseigentum die Entbehrlichkeit der Bourgeoisie für jenen Zweck. Alle gesellschaftlichen Funktionen des Kapitalisten werden jetzt von besoldeten Angestellten versehen. (MEW 19, p.221).
Die Bourgeoisie kann ihren "Bedarf" an Hochschulabsolventen aus ihrer eigenen Nachkommenschaft nicht mehr decken und muß die "Begabungsreserven" der besitzlosen Klassen anzapfen. An der Spitze des Abschnittes VIII des HS -Berichtes "Bedarf an HS -Absolventen" heißt es: "Die Bildungspolitik der 60er Jahre ging von der Grundannahme aus, es wäre Möglich Bildungsnachfrage (gemeint ist Nachfrage nach Ausbildungsplätzen von seiten der Bevölkerung; L.L.) und Bedarf (der Kapitalistenklasse; L.L.) an HS -Absolventen miteinander in Einklang zu bringen. Angesichts des prognostizierten großen Bedarfs an Akademikern wurde eine Steigerung der Bildungsnachfrage dem Bedarf entprechend für notwendig erachtet." Diese Politik wurde " in Form steigender Anfängerzahlen seit Ende der 60er Jahre wirksam." (p.128). In diesem Zusammenhang ist auch die Einführung der Studienförderung 1963/64 zu sehen.
Die Steigerung der Studentenzahlen und Aufblähung der Hochschulen ist eine objektive, unumkehrbare Entwicklung, die ihre Grundlage in der Entwicklung des Imperialismus hat. Aus dieser Entwicklung folgt die Notwendigkeit der Umstrukturierung der HS -Studien, die der Staat im Interesse der Bourgeoisie durchführen muß: "Die Studien- und Prüfungsvorschriften wurden z.T. zu Beginn dieses Jahrhunderts erlassen" und " die REchtsreformen entsprechen... nicht mehr den tatsächlichen Verhältnissen an den Hochschulen" (OECD, p.28). Sie mußten geändert werden.
1966 - vier Jahre nach den Schulgesetzen - wurde das AHSTG beschlossen, die gesetzliche Grundlage der Studienreform. Die Bourgeoisie ging an die "Bewältigung des Massenstudiums und der Wissenschaftsexplosion" :
1. mit der Steigerung der Studentenzahlen steigen auch die Kosten. Es mußten rationellere Formen der HS-Ausbildung gefunden werden. Die Hauptmittel: "Lernintensivere " Formen der LVen , genaue Durchorganisierung der Studiengänge, enorme Verschärfung und Erhöhung der Zahl der Prüfungen.
2. direkte Unterwerfung der Ausbildung unter die Erfordernisse der Berufspraxis und des Arbeitsmarktes.
3. sowohl die Widerspiegelung der wachsenden Zersetzung des Imperialismus in der sich entwickelnden politischen Bewegung unter den Studenten als auch eine gewisse Änderung der sozialen Zusammensetzung der Studentenschaft - die "Ausschöpfung der Begabtenreserven" - machte eine beträchtliche Verschärfung des Drills und direktere ideologische und politische Abhängigkeit der Studenten nötig. So wird in den Zielsetzungen des AHSTG auch "die besondere Verantwortlichkeit des akademisch Gebildeten gegenüber der Gesellschaft" (OECD, p.30) eigens festgestellt.
Planmäßige Verschärfung des Drucks auf die Studentenschaft, das ist kurzgefaßt das politische Programm des AHSTG, des "Rahmengesetzes für alle HS-Studien".

Mitbestimmung

Ein wichtiges Hilfsmittel der politischen und ideologischen Knebelung der Studentenbewegung war und ist die Parole der "Mitbestimmung" und der "Demokratisierung der Hochschulen". Bis jetzt hat das auch in gewissem Ausmaß verfangen. Erstens sollen damit die Studenten politisch und ideologisch an den Staat und die Reform gekettet werden, zweitens werden der Administration bestimmte Aufgaben durch die Studienkommissionen abgenommen, drittens bekommt das Ministerium in Form der Protokolle ein genaues und umfassendes Bild über die Auseinandersetzungen und Widersprüche an allen Instituten. Im OECD- Bericht heißt es dazu: "Bei der öffentlichen Diskussion der Probleme der HS-Reform...kann eine Fehleinschätzung in der Gewichtung der Probleme festgestellt werden. Der Verlauf dieser Auseinandersetzungen....(muß) den Eindruck erwecken, daß es primär um die Frage der Beteiligung von Vertretern der Studenten und des akademischen Mittelbaus an den Entscheidungen der akademischen Behörden...geht. Wenn amn davon ausgeht, den es Aufgabe der HS-Reform ist, die Aufgaben zu lösen, die ihnen die moderne Gesellschaft stellt, dann muß man zu dem Schluß kommen, daß Mitbestimmungsfragen und Strukturänderungen nicht das primäre Anliegen der HS-Reform sein können.... Veränderungen in der Zusammensetzung der akademischen Behördendurch Mitbestimmung von Vertretern des akademischen Mittelbaus und der Studenten sollen dafür vorsorgen, daß in wirkungsvollerer Weise als bisher alle an der Hochschule tätigen Personengruppen sich mit den Beschlüssen zur Durchführung der Lehr- und Forschungsaufgaben identifizieren können..." (26 ff).

Wir können jetzt die gestellten 3Fragen beantworten:

1. Die HS-Reform folgt aus der Entwicklung der Widersprüche der imperialistischen Gesellschaft, die Bourgeoisie hat es immer schwerer, die Gesellschaft zusammenzuhalten, sie braucht immer mehr bezahlte und qualifizierte Funktionäre die für sie die Leitung und Verwaltung von Produktion und Gesellschaft übernehmen, sie muß sie sich zunehmends aus dem Volk heranziehen. Die andere Seite dieser Entwicklung ist die zunehmende Zerlegung der Arbeitsprozesse in immer geisttötendere und inhaltsleerere Arbeiten, die geistige und körperliche Degradation der arbeitenden Massen und die Verschlechterung ihrer Bildung.

Die "Öffnung der Hochschule" in gewissem Ausmaß,ist eine objektive Entwicklung,die aus der Entwicklung des Imperialismus folgt und seine zunehmende Zersetzung ausdrückt. Wir sind weder für noch gegen diese Entwicklung,wir müssen uns nur darauf einstellen. Das Klasseninteresse des Proletariats ist der Sturz des Imperialismus,die Errichtung der Diktatur des Proletariats und der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Dahin kommt es keinen Schritt weiter,wenn es seine Kinder an die bürgerliche Hochschule schickt. Wer dem Proletariat oder den Studenten etwas anderes einzureden versucht, betrügt beide. Auch ist es eine Illusion,wenn viele Studenten glauben, sie müßten nur eine"gehobene Position" in der Gesellschaft über ihre akademische Ausbildung erringen, dann würde ihnen die Bourgeoisie fortschrittliche Maßnahmen gestatten,oder fortschrittlichen Vorschlägen Glauben schenken.

2. Die Ausbildung zu Funktionären der imperialistischen Bourgeosie ist für die Studenten keine reine Freude, es ist zuviel entwürdigendes Buckeln und Ellbogentechnik dazu nötig. In dem Maß sie ihre zukünftigen Aufgaben erkennen, wehren sie sich gegen diesen Dressurakt. Gewaltsame ideologische Unterordnung und politische Unterwerfung garniert mit politischen Betrug, wird zunehmend die Hauptform der Bindung an die Bourgeosie. Die Studenten, die sich gegen diese Entwicklung zur Wehr setzen, haben nicht die "reaktionären Professoren" zum Hauptgegner, die sich gegen "fortschrittliche Reformen" wehren, sondern die Kapitalistenklasse und ihren Stab mit der SPÖ- Regierung an der Spitze.
Das ist ein objektiver Tatbestand. Es ist nicht so, daß die "alten Zusände" reaktionär wären und die reformierten weniger reaktionär. Die Frage steht so: Vor 10 -15 Jahren waren Leute an den Hochschulen, die an dieser Ausbildung ein direktes materielles Interesse hatten, die sich dieser Ausbildung in grösserem Ausmaß freiwillig unterzogen; Die Bourgeosie konnte auf Mitarbeit"der Studenten zählen. Das ist natürlich reaktionär.

Inzwischen haben sich die politischen Bedingungen geändert, das macht die verstärkte Unterdrückung notwendig. Die Reform bedeutet deshalb für die Studenten verstärkte Unterwerfung unter den imperialistischen Staatsapparat und verschärfte Reaktion. Solange darüber keine Klarheit besteht,werden Kämpfe gegen diese Entwicklung mit Sicherheit mit Niederlage enden.

3.Gegen die zunehmende Unterwerfung unter die imperialistische Bourgeoisie,gegen die Einschränkung ihrer Ellbogenfreiheit müssen die Studenten kämpfen.Sie können den Kampf bewußter und entschiedener führen,wenn sie Klarheit über die imperialistische HS-Reform insgesamt haben,weil diese die Absichten und die Linie der Bourgeoisie umfassend zum Ausdruck bringt. Ihre Kernpunkte sind das AHSTG und die Bestimmungen im UOG,die zur verstärkten Unterwerfung der Studenten führen-- die "Mitbestimmung" und die direkten Angriffe auf die politische Bewegungsfreiheit. Die bisherige Bewegung zeichnet sich dadurch aus, daß sie zersplittert ist,daß sie nur einzelne Seiten bzw. Elemente der Reform im Auge hatte und diese nicht im Hinblick auf die gesamte Reform bekämpfte. Dadurch hatten auch die Reformisten und Revisionisten viel Gelegenheit,Verwirrung zu stiften.V.a. in den letzten beiden Semestern wurden viele Kämpfe gegen die praktische Auswirkung der Reform an den Instituten und in einzelnen Lehrveranstaltungen geführt. Weil sie aber nicht bewußt gegen die Hochschulreform ausgerichtet wurden,wurde auch die Klarheit der Studenten nicht gefördert. Die Taktik des Ministeriums,die gesetzliche Durchführung der Studienreform für kurze Zeit ruhen zu lassen bzw. im Stillen voranzutreiben,hat gegriffen. Die Studentenbewegung steht gegenüber der neuen Angriffswelle nicht gut da.

Fristen + Klauseln

Am Beispiel der Studienordnung Pädagogik.

3 Sem. Frist

§6(5) "Erfolgreich abgelegte Teilprüfungen oder Prüfungsteile (der 1.Diplomprüfung) sind nicht anzuerkennen und müssen für den Fall der Fortsetzung des Studiums wiederholt werden, wenn seit dem zuletzt abgelegten Prüfungsteil mehr als 3 Semester verstrichen sind...."

5 Sem. Klausel

§7(1) "Wenn die erste Diplomprüfung aus den beiden kombinierten Studienrichtungen nicht spätestens bis zu Ende des 5. Semesters vollständig abgelegt wurde, sind weitere Semester in den Studienabschnitt nicht einzurechnen"

Die gegenwärtigen Bedingungen im Kampf gegen die Studienreform

Die Hochschulreform wird auf verschiedenen Ebenen vorangetrieben:
1.Die gesetzliche Durchführung der Studienreform
2.Die Durchführung der Organisations-und Verwaltungsreform
3.Die praktische Durchführung der Studienreform an den Instituten.

Ad 1: Die gesetzliche Durchführung wurde grundgelegt mit dem AHSTG 1966, fortgesetzt mit besonderen Studiengesetzen (Gesetze für Geistes- und naturwissenschaftliche Studienrichtungen, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Techniker und Mediziner wurden in der Zeit bis 1973 beschlossen und z.T. schon novelliert, Rechtswissenschaft wird in Kürze beschlossen), und den Studienordnungen (sind bis auf Jus und Medizin in ihrer großen Mehrheit ebenfalls erlassen). Der gegenwärtige Stand ist nach Fakultäten bzw. Hochschulen ganz verschieden: die Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler studieren bereits nach den neuen Bestimmungen; die Techniker studieren bis auf die Bauingenieure nach den neuen Bestimmungen; auf der Philosophischen Fakultät geht es im Wesentlichen um die Beschlußfassung der Studienpläne. Das Ziel der Maßnahmen geht aus den Dokumenten des Ministeriums klar hervor:
Erhöhung der Zahl der Absolventen bei gleichzeitiger Senkung der Studentenzahlen. Der Weg dazu ist 1. drastische Herabsetzung der Studiendauer und "Erhöhung der Durchlaufgeschwindigkeit", 2. Senkung der Studienabbrüche bzw. ihre Vorverlegung in die ersten Semester, 3. möglichste Einschränkung von Studienwechseln. Dementsprechend sind die Bestandteile aller Studienordnungen:

- Erhöhung der Pflichtstundenzahl oft bis auf das Doppelte, bei genau vorgeschriebener Reihenfolge im Studienablauf
- Aufteilung der Prüfungen aufs ganze Studium, Verschärfung der Selektion v.a. am Anfang des Studiums,
- "Begleitmaßnahmen" in Form von offenen Schikanen wie 3-Semesterklausel und 6-Semesterfrist. (siehe Kasten im Gesetzestext)

In mehreren öffentlichen Stellungnahmen legten Ministerin Firnberg und ihr Ministerium die " Notwendigkeit" der Verschärfung von Selektion und Kontrolle auf den Tisch. An den Schulen "sei... die Auswahl oft ungenügend", (Presse 6.11.76) "die Auslese unter den Studenten besorge die Universität. Dies sei ein Grund für die hohe "Drop-out-Rate".(Schlußwort zur Parlamentsdebatte über den HS-Bericht lt. IBF 1.11.76) und "Selektion an der Universität ist gerechter als eine Selektion, die schon vor dem Eintritt an die Universität erfolgt" (Stellungnahme des Ministeriums zum OECD-Bericht, Wiener Zeitung 30.10..76)

Die gesetzliche Durchführung der Studienreform geht jetzt über einen Zeitraum von 10 Jahren, sie trifft die verschiedenen Hochschulen und Studienrichtungen ungleichzeitig, das Bewußtsein und der Widerstand gegenüber der Reform ist ganz verschieden. Das schwächste Glied in der Kette der Reform ist die Philosophische Fakultät. Einerseits sind dort die Studienpläne oft noch nicht beschlossen, vorher kann aber nichts in Kraft treten, anderseits ist der Widerstand und der Kampf gegen die Reform dort am schärfsten.
Gegenüber dem Höhepunkt der Bewegung gegen die Studienreform im Wintersemester 74/75 haben sich die Bedingungen jetzt insofern geändert, als jetzt die Umstellung auf die reformierten Bestimmungen für die Studenten viel direkter auf der Tagesordnung ist als vor 2 Jahren. Der neue Studienplan ist nur bei den Soziologen in Kraft und hier ging der Staat mit offener Gewalt und Erpressung bei der Durchsetzung vor, indem einfach die Möglichkeit nach den alten Bestimmungen fertigzustudieren außer Kraft gesetzt wurde, ebenso die Möglichkeit Soziologie als Nebenfach zu nehmen, wenn man im Hauptfach nach den alten Bestimmungen studiert. Genau dieser Weg der Erpressung wird auch im OECD -Bericht propagiert. Es wird offen damit gedroht, "daß Verzögerungen bei der Erlassung der Studienpläne auch sehr bedeutende Folgen auf die Ablegung von Prüfungen haben" (p.31) und daß es "zu sehr bedeutenden Schwierigkeiten führen (kann), wenn die Erlassung der Studienpläne sich hinauszögert oder sogar (!) von einer der Vertretungen in den Studienkommissionen blockiert wird. In diesem Fall muß der Abschluß des Studiums und die Verleihung eines akademischen Grades problematisch werden." (p.32.).

Auf der Ebene der gesetzlichen Durchführung der Reform ist es unbeding nötig, daß insbesondere die Studenten der Phil. Fak. ihre STRVen zwingen, über den Stand er Verhandlungen in der Studienkommission Rechenschaft abzulegen und durchzusetzen, daß diese das VETO einlegen.Aus den Dokumenten des Ministeriums geht hervor, daß den staatlichen Organen die Blockierung der Reform durch das Gruppenveto aber unangenehm ist, obwohl das Ministerium die Studienpläne in diesem Fall auch selbst be-

schließen kann. Es legt den Betrug mit der Mitbestimmung offen und verwirrt die Sache doch. Außerdem ist es gerade so, daß solche Studienrichtungen, die ausersehen waren Vertreter der Reform zu spielen, mit denen das Ministerium dann protzen hätte können, ihm eine Strich durch die Rechnung gemacht haben.

ad 2

Die gesetzliche Durchführung ist mit dem Inkrafttreten des UOG im Okt. 75 abgeschlossen. Ihre Hauptseite ist die zentrale Leitung und Kontrolle durch das Ministerium sowie mit der Einführung der "Mitbestimmungs" -Gremien die politische und ideologische die Schaffung eines Forums, wo die Studenten die Prof. stellen und sie offiziell über ihre Maßnahmen zur Rechenschaft ziehen können sowie die Möglichkeit, bestimmte Informationen über die finanzielle Gebarung und ähnlichens zu bekommen. Diese Möglichkeiten wurden durch das UOG weiter eingeschränkt indem 1. die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde, was bis jetzt nicht überall der Fall ist. 2. den studentischen Vetretern jederzeit Schweigepflicht auferlegt werden kann und 3.mißliebige Vertreter aus den "Kollegialorganen" entfernt werden können. Fortschrittliche Studentenvertreter können sich unter diesen Bestimmungen nicht halten, sie müssen unbedingt alle Verstöße in den Gremien offenlegen.

ad 3

Die tatsächliche Durchsetzung der Reform

Diese Ebene ist bei weitem die wichtigste Ebene der Reform, hier liegt die entscheidende Front des Kampfes. An dieser Front sind die Auseinandersetzungen noch lange nicht abgeschlossen, im Gegenteil müssen sich die Widersprüche zwangsläufig mit jedem Schritt der weiteren Durchsetzung verschärfen. Worin liegt die Bedeutung dieser Ebene ?

a.)die praktischen Maßnahmen an den Instituten führen den Studenten klar vor Augen, was die Studienreform für sie bedeutet. Die verschiedenen Versuche der Reformisten , die Widersprüche abzuschwächen und die Reform als "Fortschritt" hinzustellen, verlieren notwendig an Boden, wenn an den Instituten Schritt für Schritt die Schraube angezogen wird und die Studienbedingungen systematisch verschärft werden. Seit ca. 6 Semestern werden Maßnahmen in dieser Richtung massiv gesetzt. Die wichtigsten sind:
- Die Einführung von Sequenzen verbunden mit Zulassungsbeschränkungen bei den wichtigen Lehrveranstaltungen und

‚Rotpress'-Artikel über OECD-Prüfungsbericht:

Der VSStö führt die Studenten in die Irre !

Der VSStö hat sich vor kurzem verpflichtet, die Politik der Regierung nicht mehr anzugreifen. Wenn er seinen Einfluß halten will, muß er noch mehr als bisher zu verschiedenen Manövern greifen. Eines davon ist die Deckung der Regierung durch die Verdrehung von Tatsachen. Dieser Methode bedient sich insbesonders frecher und empörender Weise ein Artikel in der "rotpress" Nr.8/76, der sich mit dem OECD-Prüfungsbericht über die österreichische Hochschulpolitik befaßt, unter dem Titel "Selektionsplan".

Der Artikel befaßt sich ausschließlich mit dem BandII des OECD-Berichts, der als "heilige Kuh der österreichischen Hochschulpolitik der nächsten vier Jahre" bezeichnet wird, aber nur die Einschätzung der OECD von der österreichischen Hochschulpolitik enthält. Diesen "anzusehen" hält der VSStö für "nicht unwichtig". Der Band I, der Bericht des Wissenschaftsministeriums an die OECD, auf dem der Prüfungsbericht beruht und der tatsächlich die Pläne der Regierung enthält, fällt unter den Tisch. Mit dieser Methode werden die "schrulligen Alten aus der OECD" als "Feind" aufgebaut, die als "zentrale Planungs- und Kontrollinstanz des europäischen Kapitalismus" bezeichnet wird (was den Tatsachen entspricht). So lautet auch der Schluß des Artikels, daß "*die vom Kurier auf der Titelseite als Inbegriff der Weisheit gelobten präpotenten Halbgebildeten aus Paris den Grundstein für weitere vier Jahre der Hochschulreform - im Dienst des Kapitals gelegt hätten*". Nicht die österreichische Regierung sondern die OECD macht die HS-reform!

Die Methode, mit der sich der VSStö den Bericht "ansieht", beruht auf der Annahme, daß ihn sich sonst niemand ansieht. Es werden in unverschämtester Weise Zitate völlig entstellt und aus dem Zusammenhang gerissen, mit dem Ziel, die Prüfer der OECD als halbvertrottelte Professoren darzustellen, die von nichts etwas verstehen. Die "zentrale Planungs- und Kontrollinstanz des europäischen Kapitalismus" setzt sich lt. VSStö aus solchen Leuten zusammen - er möchte lieber selbst als Prüfungsinstanz anerkannt werden. Tatsächlich ist es natürlich nicht so, daß die europäische Bourgsoisie ihre wissenschaftlichen Aufträge von lauter Idioten besorgen läßt. So ist der Prüfungsbericht seinem gesamten Inhalt nach eine Befürwortung der Politik der SP-Regierung und enthält scharfe Angriffe gegen "die offiziellen Vertreter der Universitäten", die in bestimmten Fragen von einem "negativen Standpunkt" ausgehen (S.7o) In den Schlußfolgerungen heißt es, die Prüfer "*brachten genauso klar ihr Anliegen zum Ausdruck, daß die so bemerkenswerten Bemühungen des Parlamentes und des Ministeriums auch seitens der Universitäten selbst auf ungeteilte Aufnahmes stoßen und von diesen voll und ganz zur Durchführung gebracht werden sollten. Die Kritik und die Befürchtungen, die die Prüfer in diesem Bericht zum Ausdruck gebracht haben, beziehen sich fast ausschließlich auf die wissenschaftliche Arbeit innerhalb der Universitäten selbst." (S.126)* Der VSStö kann natürlich schwer zugeben, daß die "zentrale Planungs- und Kontrollinstanz des europäischen Kapitalismus" die Politik seiner eigenen Partei vollständig befürwortet.

In dem Artikel heißt es:"*Da wird nun die Expansion der Hochschulen damit begründet, daß 'diejenigen, die den Universitäten schon vor deren Ausdehnung angehört hatten, sich jetzt in Positionen befinden, in denen sie eine gewisse Macht ausüben..'*". Tatsächlich wendet sich die zitierte Stelle gegen solche Leute, die sich jetzt "in Positionen befinden" und "das Anwachsen des Universitätssektors...verdammen oder die Entwicklung der letzten 2o Jahre umkehren"wollen, obwohl auch sie selbst daraus einen "Nutzen gezogen" haben (S.68f) Weiter unten heißt es in dem Artikel:"*Und 'es ist fraglich,ob die Arbeit der Studienkomissionen nicht durch die Macht der Professoren ebenso wie durch die ideologische Besessenheit von Studenten (merk's Karasek) frustriert wird - wobei die armen Assistenten in der Mitte sitzen...'...wie gebannt in ihrer Armut auf die Besessenen starren und auf den Exorzisten warten. Angesichts dieses Spektakels ist es klar, warum der Bericht die StuKos als 'originell und höchst interessant'bezeichnet*".Tatsächlich bezieht sich die zitierte Stelle auf "einzelne Fälle von Mißbrauch und Ausnützung des Vetorechts...auf seiten von Studenten, die von äußeren politischen Motiven geleitet waren". Die "schrulligen Alten aus der OECD"(VSStö) stellen abschließend fest:"Dies macht den allgemeinen Grundsatz der Teilnahme der Studenten und des Mittelbaus an Entscheidungsprozessen nicht wertlos"(S.86)

Nachdem der VSStö - um die Politik seiner eigenen Regierungspartei zu decken - in der OECD einen Feind zuerst aufgebaut und dann "theoretisch" "vernichtet" hat, kommt es zu seiner eigenen Sichtweise der Sache: "*das Kapital verlangt aber nach ganz bestimmten Typen von Hochqualifizierten - nach Fachidioten, Kurz- und Schnellstudenten und dieser Bedarf schlägt sich in den Studiengängen nieder. Deshalb die Misere des Studiums. Kaum ein Wort darüber, daß der Nachholbedarf an Akademikern in Österreich noch riesig ist, da wir weit hinter anderen Ländern zurückliegen*" Erstens: "Das Kapital verlangt ...Fachidioten...Deshalb die Misere des Studiums" - meint der VSStö. Einer der Vertreter des Kapitals, der Bildungssprecher der Bundeswirtschaftskammer, Dr. Piskaty erläuterte in der vielgschmähten "Konfrontationssitzung", daß die Kapitalistenklasse das nicht meint. Nachdem er begrüßt, daß "gerade bei jenen Studien, deren Absolventen in größerer Zahl in der Gewerblichen Wirtschaft Beschäftigung finden...in hohem Maß...das wasman als fachbezogene Allgemeinbildung be[illegible]chnen könnte"vermittelt wird, führt er aus:"*Im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich hat die gewerbliche Wirtschaft ebenfalls immer den Standpunkt vertreten, daß sie vom Studium nicht so sehr die enge Spezialisierung erwartet, sondern daß hier das Schwergewicht auf der Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Fähigkeiten liegen soll und daß auch Einblicke in verwandte Wissensgebiete ermöglicht werden sollen, soweit dies im Rahmen der zu Verfügung stehenden Studienzeit praktikabel ist...Zu einer engen Spezialisierung wird der einzelne erst während seiner Berufstätigkeit...gelangen.*" Und später:"*Die gewerbliche Wirtschaft erwartet sich von der Hochschule daß der Absolvent jene Kenntnisse und Verhaltensweisen mitbringt, die ihm in einem überschaubaren und nicht allzu langen Zeitraum die Einarbeitung auf seinem Fachgebiet ermöglichen...Wir sind uns andererseits bewußt, daß der Absol-*

scharfen Ausleseprüfungen v.a. am Anfang des Studiums. Der Zugang zur Hochschule soll offengehalten werden, dafür die Konkurrenz und Selektion während des Studiums verschärft werden. Der HS-Bericht bemerkt dazu:"Einerseits ist dies notwendig, damit die Begabungsreserven genutzt werden können; andererseits damit eine auslesende Konkurrenz um höhere Positionen nicht neutralisiert wird"(p.46). Am deutlichsten kommt der Charakter zum Ausdruck bei den "Computerprüfungen" wo die Punkteanzahl, die für eine positive Note festgelegt wird, wieviele durchkommen "dürfen".
- die Verschärfung der Lehrveranstaltungen in Inneren durch Zwischenprüfungen und Erhöhung der Stofffülle. Dazu bastelte das Ministerium eigens en Erlaß über deb "inneren Prüfungscharakter" vom seminaristischen Lehrveranstaltungen. Dazu heißt es in einen OECD-Bericht: "Der Gesetzgeber des AHSTG aht versucht, durch das demonstrative Anführen von besonderen Formen der Lehrstoffvermittlung die Integration von Wissensvermittlung und Leistungskontrolle zu fördern" (p.32).
- die Sukzessive Steigerung der Zahl der Pflichtlehrveranstaltungen.

Gegen Maßnahmen dieser Art gab es in den letzten Semestern auf einer Reihe von Instituten heftige Kämpfe. Es zeichnet sich ab,daß die Studenten keineswegs gewillt sind, den Kopf einzuziehen und den Rücken zu beugen und umso kräftiger die Ellbogen einzusetzen, daß sie in der Konkurrenz gegen ihre Kollegen besser bestehen können. Diese Auseinandersetzungen waren in der Regel verbunden mit der Ablehnung der reaktionären Inhalte. Daran, ob die Kämpfe und Auseinandersetzungen in den Lehrveranstaltungen und in den Instituten verstärkt werden, wird sich entscheiden, ob die Studenten den Weg des Widerstands gegen die verstärkte Unterdrückung durch den imperialistischen Staatsapparat gehen, oder ob es gelingt den Widerstand zu brechen und sie zu unterwerfen.

Auf der Ebene der praktischen Durchsetzung der Reform liegt auch ein gewisser Spielraum, den die Studentenbewegung gegenüber der Durchsetzung einer Studienreform hat.
Die Studienreform bringt eine beträchtliche Umstellung der Studiengänge mit sich.In vielen Studienrichtungen muß das Anbot an Lehrveranstaltungen ausgeweitet werden, v.a. was die Spezialisierung im zweiten Stuabschnitt betrifft. In erster Linie bedeutet das die Aufschlüsselung des bisherigen Angebots auf mehr Lehrveranstaltungen, aber auch in gewidden Ausmaß die Errichtung neuer Lehrstühle usw. z.B. fehlt bei den Lehramtsstudienordungen zumindest zum Teil die Ausrichtung auf die didaktische Aufbereitung und Vermittlung der entsprechenden Fächer, wie es die neue STO vorsieht. Um diese Umstellung zu bewerkstelligen, um Spielraum dafür zu bekommen, plant das Minis-erium derzeit eine gealtige Rationalisierungswelle bzw. hat schon damit begonnen. In diesen Zusammenhang ist die Lehrauftragskürzung um 2o % zu sehen. SowohlHS-Bericht als auch OECD-Bericht erheben die Rationnalisierung klar zum Programm der nächsten Zeit: "Zum Hochschulausbau werden in Zukunft verstärkt Rationalisierungsmaßnahmen treten müssen...Das Prinzip der regionalen Versorgung hat hinter dem der Sparsamkeit zurückzustehen. Die Errichtung von Lehrkanzeln und Instituten hat sich stärker als derzeit am Bedarf(der Kapitalisten, s.o.L.L.) an Ausbildungseinrichtungen zu orientieren. An erster Stelle ist für ein quantitativ un- qualitativ ausreichendes Angebot im Rahmen der in den Studiengängen vorgeschriebenen Lehrveranstaltungen Vorsorge zu treffen. ...an erster Stelle steht eine optimale Nutzung der materiellen Ressourcen...dies impliziert auch den Abbau von Ressourcen in Bereichen, die an Bedeutung verlieren...Die Schwerpunktbildung im Bereich der Lehre in Form regionaler und institutioneller Konzentration von Studiengängen schließt eventuell auch die Auflösung von Studiengängen mit ein." dies alles ist zu lesen in der Einleitung zu: "7.2.2. Hochschulausbau und Rationalisierung", OECD p. 268/269 und unter der gleichlautenden Überschrift im HS-Bericht p.67)

Nachdem sie vor zwei Jahren eine Niederlage erlitten haben, sind die Mathematik- und Physikstudenten jetzt an alle StRVen der Phil.Fak. mit dem Vorschlag herangetreten, so rasch wie möglich einen gemeinsamen Kampfschritt gegen die Fristen und Klauseln zu setzen. Vorgeschöagen wurde ein aktiver Vorlesungsstreik. Die Dreisemesterfrist und die Sechssemesterklausel sind offene Schikanen und haben keinen anderen Zweck, als die Studenten unter Druck zu setzen. In ihnen kommt der unterdrückerische Charakter der Reform konzentriert zum Asudruck, wir halten es für einen geeigneten Schritt, auch den Widerstand gegen diese Bestimmung zu konzentrieren. Sie sind bereits im AHSTG enthalten und treffen daher alle Studienrichtungen gleichermaßen, es besteht daher in dieser Frage auch die Möglichkeit, die Bewegung zu vereinheitlichen.
Ein solcher Kampfschritt bedarf guter Vorbereitung, insbesondere von den Instituten. Er kann nur erfolgreich sein, wenn die Kräfte wirklich auf ein klares Kampfziel konzentriert werden, auf die Abwehr der Fristen und Klauseln. Die Bedingungen sind auch deshalb nicht ungünstig, weil die Bourgeoisie selbst in dieser Frage unsicher ist, ob sie damit nicht zu weit gegangen ist mit der Schikanierung.
Ein solcher Kampfschritt kann auch in gewissen Ausmaß Raum schaffen im Kampf gegen andere Maßnahmen. Alle Illusionen darüber sind absolut unangebracht. Wenn man sich das Gesamtwerk der Reform vor Augen hält, ist es klar, daß sie nicht abgewehrt werden kann. Die Bourgeoisie richtet die Hochschulen entsprechend den neuen Bedingungen aus. Dagegen rebellieren die Studenten, sie müssen ihre Kraft darauf konzentrieren, die verschärfte Unterdrückung zu bekämpfen und sich die Ellbogenfreiheit zu schaffen für die verstärkte Auseinandersetzung mit der Wissenschaft der Bourgeoisie und ihrer Kritik.
Dazu sind die Auseinandersetzungen an den Instituten und in den Lehrveranstaltungen entscheidend.
Jetzt muß die Frage der Studienreform breit unter den Kollegen aufgeworfen werden, Klarheit über den reaktionären und unterdrückerischen Charakter geschaffen und die illusionären Betrügereien der Reformisten und Revisionister geschlagen werden.

L.L.

---

vent der Studien nicht von vornherein dem Unternehmen als eine sofort einsetzbare Arbeitskrsft zur Verfügung stehen wird.." (S.27 bzw.34)

Wenn die Kapitalisten schon auf die Ausbeutung von Tausenden jungen Menschen, die für sie potentielle Arbeitskräfte darstellen, verzichten, und sie nach der Pflichtschule einer weiteren Ausbildung unterziehen lassen, dann wollen sie dafür schon etwas geboten haben. D.h. am Ziel der Hochschulausbildung ändert sich gar nichts, es geht um die Ausbildung von Leuten, die das Geschäft der Ausbeutung und UNterdrückung der Massen für den Geldbeutel der Kapitalistenklasse besorgen. Gegen dieses Ziel der Ausbeutung müssen die Studenten Stellung nehmen, das können sie in erster Linie, indem sie sich bewußt im Klassenkampf auf die Seite des Proletariats stellen und auch auf den Hochschulen die Ausbildung und Wissenschaft im Dienste des Kapitals bekämpfen.
Genau daran will der VSStö die Studenten hindern. Nicht das Ziel der HS-Ausbildung ist ihm ein Dorn im Auge, sondern daß dieses Ziel seiner Meinung nach in Zukunft schlechter erfüllt werden soll. *"Die Tendenz"*,die *hinter den Vorschlägen der OECD Prüfer stent,"ist klar abzulehnen:es ist die Tendenz zur Fachidiotenausbildung, zur Dequalifikation und damit verbunden die Tendenz zu verstärkter Auswahl, Prüfungsdruck und Verschulung des Studiums"* Von der Ablehnung der "Tendenz zur Dequalifizierung" ist es nicht mehr weit dahin, zu sagen, daß die Funktionäre der Bourgeoise besser den Doktortitel tragen sollen als den Magister, weil das ja nur der äußere Ausdruck der "Dequalifizierung" ist.
Die Verschärfung des Studiums und des Drucks auf die Studenten, die nichts anderes ist, als Ausdruck der Tatsache, daß unter veränderten Bedingungen die Formen der HS-Ausbildung geändert werden und die Unterdrückung der Studenten verstärkt wird, ist dann lt. VSStö "verbunden" mit der "Dequalifizierung". Dementsprechend muß dann auch der Kampf gegen die Verschärfung des Studiums "verbunden" werden mit dem Kampf um "bessere Qualifizierung" sonst wird er vom VSStö als "reaktionär" beschimpft. Tatsächlich ist natürlich die Position des VSStö reaktionär, weil er die Studenten an die reaktionäre Hochschulausbildung binden will.

Zweitens: Wirft der VSStö den OECD-Prüfern vor, sie würden "kaum ein Wort darüber" verlieren,"daß der Nachholbedarf an Akademikern in Österreich noch riesig ist, da wir weit hinter anderen Ländern zurückliegen."
Damit erweist er sich als offenes Sprachrohr seiner"Genossin" Firnberg, die nicht müde wird, genau das gleiche bei jeder Gelegenheit gegenüber der Ansicht der "bürgerlichen Reaktion" daß eine "Akademikerschwemme" drohe, wenn nicht der Zugang zur Hochschule verspserrt wird, zu betonen. Tatsächlich beginnt die Regierung gegenwärtig bei den Höheren Schulen zu dosseln und die Selektion zu verschärfen, ebenso verfolgt sie an den Hochschulen die Linie, diejenige Hälfte der Studenten, die "ohnehin" nicht fertig werden, gleich am anfang hinauszusäubern und rechnet damit, daß spätestens in 3 oder 4 Jahren - nämlich anfang der 8oer Jahre diese Maßnahmen schon greifen werden. So wird auf Seite 24 des Prüfungsberichtes das gerade Gegenteil von dem festgestellt, was der VSStö behauptet, nämlich:*"Die Prüfer vertraten die Meinung, die Schätzungen der Studentenzahlen für die Zeit bis 198o (steigerungen von ca. 6o ooo auf mindestens 8o ooo;L.L.) seien zu niedrig."*

L.L.

Was offenbart der „Fall Biermann" über die DDR ?

Die lautstarken Demokratiebeschwörungen diverser bürgerlicher Politiker und Journalisten in der BRD und auch in Österreich anläßlich der Ausbürgerung von Wolf Biermann durch die DDR-Behörden verleitet dazu, die Meinung über diese Angelegenheit davon abhängig zu machen, um welche Person es sich da handelt, die ausgebürgert wurde. (So geschieht es auch tendenziell in der "Roten Perspektive" des KSV) Solche Überlegungen gehen aber in die falsche Richtung, sie lenken von der Frage ab, um welchen Staat es sich da handelt, der zum Mittel der Ausbürgerung greift.
Wer sich in einem Staat der Diktatur des Proletariats gegen den sozialistischen Aufbau stemmt bürgerliche Anschauungen verbreitet und Staat und Partei beschimpft und verleumdet, der wird sicher nicht in Ruhe gelassen werden. Wenn solidarische Kritik und Erziehung nichts helfen, dann werden wohl härtere Maßnahmen getroffen, die in bestimmten Situationen auch in der Erschießung solcher Feinde des Proletariats bestehen können. Dies sei deshalb gesagt, um dem eventuellen Mißverständnis vorzubeugen, wir redeten dem Liberalismus das Wort.
Von diesem Selbstbewußtsein einer proletarischen Staatsmacht, die den Willen der überwältigenden Mehrheit der Gesellschaft verkörpert, ist bei den Maßnahmen der DDR gegen Biermann nichts zu merken: nachdem alle Versuche gescheitert waren, ihn dazu zu zwingen, die DDR nicht bloß als "das bessere Deutschland" zu bezeichnen, sondern auch über die dortigen degenerierten Verhältnisse rosarote Gedichte zu schreiben. durfte er seine Werke nicht veröffentlichen und auftreten. Wie man hört blieb es ihm seltsamer Weise erspart, sich um eine andere Erwerbsquelle umzuschauen.
Die Revisionisten tun so, als ob diese Tatsache für die DDR spräche. Hätte Biermann allerdings in einem sozialistischen Land gelebt und nehmen wir an er ist wirklich so ein Schädling in der sozialistischen Gesellschaft, dann wäre er nicht so glimpflich weggekommen. Oder sollten die Werktätigen einen Intellektuellen ernähren, den sie als Sprachrohr des Klassenfeindes erkannt haben ?
Im Kapitalismus ist das empörende Alltäglichkeit, im Sozialismus aber sind sie durch die politische Macht in der Lage, solch Leute dazu zu zwingen, sich ihr Brot durch ihrer eigenen Hände Arbeit zu verdienen. Der DDR hingegen lag es offensichtlich nicht daran, die Sache Biermann korrekt zu entscheiden, für sie ging es bloß darum, diesen lästigen Menschen per Amtshandlung mundtot zu machen.
Diese Mischung aus sturem Einsatz bürokratischer Mittel und feiger Zaghaftigkeit fand ihre Vollendung in der Ausbürgerung Biermanns. Bekanntlich wurde ihm von den DDR-Behörden ein Aus-und Einreisevisum ausgestellt, und nachdem sie ihn so glücklich über die Grenzen hatten, kam ihnen plötzlich die Erkenntnis, daß dieser Mann eigentlich in der DDR nichts zu suchen hat.
Was ist das für eine Staatsmacht die zu solch schmierigen Betrugsmanövern greifen muß, um sich gegen einen einzigen Menschen zur Wehr zu setzen?
Wie klar muß diesen Bürokraten wohl sein, daß sie nicht mit der Sympathie der Werktätigen, in der DDR selbst und in allen Ländern rechnen könnten, wenn sie diesen Biermann vor Gericht gestellt hätten (wo er doch ein so gefährlicher Antikommunist ist, daß seine Anwesenheit in der DDR nicht geduldet werden kann), daß sie es lieber riskieren, vor der Weltöffentlichkeit als billige Ganoven dazustehen!
In Staaten der bürgerlichen Demokratie ist die Bourgeoisie gezwungen, den Schein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren, daher kann sie nicht so leicht auf ein derartiges Niveau in der Bekämpfung ihrer inneren Gegner herabsinken, wie es die DDR und schon seit längerem die SU vorexerziert haben. In Staaten der proletarischen Demokratie wird in erster Linie das Volk selbst zur Bekämpfung der Klassenfeinde herangezogen, und wenn es ohne die Gewaltmittel des Staates nicht abgeht, dann sind dies offene und entschlossene Maßnahmen, die irgend welche Winkelzüge nicht nötig haben.
Wie der Fall Biermann beweist, ist in der DDR weder das eine noch das andere der Fall. Sie schert sich weder um rechtliche Grundsätze, noch ist sie in der Lage, mit und vor dem Volk der DDR mit ihren Gegnern abzurechnen. Sie offenbart damit ihren Charakter als Saatsmacht, die aus dem Sumpf der Restauration gewachsen ist, die Geschäfte der neuen Bourgeoisie betreibt und ohne den Schein gesetzlicher Gerechtigkeit und Gleichheit mit terroristischen Methoden gegen ihre inneren Feinde vorgeht - mit einem Wort, sie offenbart sich als faschistischer Staatsapparat.
Gegen das Proletariat der DDR. das seine Befreiung erkämpfen wird, werden solche Gaunereien, wie sie gegen Biermann angewendet wurden, nichts ausrichten können.

H.G.

Bodenlose Gaunerei des KSV - seine »Genossen« sitzen in der syrischen Regierung

Die grundlegende Einschätzung der Lage im Nahen Osten, die sich durch den Artikel zieht, ist falsch: erstens wird die reaktionäre Rolle der Sowjetunion, ihr imperialistischer Wettstreit mit den USA um die Vorherrschaft in dieser Region völlig ignoriert, zweitens sieht der Verfasser an den arabischen Regierungen nur die Seite der wankelmütigen bis verräterischen Politik, und nicht auch die, daß sie sich gegenüber den Imperialisten in einem objektiven Widerspruch befinden. (Zur Haltung der MLS zu den verschiedenen Kräften im Nahen Osten siehe KHZ/Nov.76

In der letzten Nummer der "Roten Perspektive" findet sich unter dem Titel "Reaktionäres Komplott" ein als Gastkommentar bezeichneter Artikel über die Lage im Libanon. Dieser Artikel verurteilt die Beschlüsse der arabischen Regierung von Riad und Kairo zur Beilegung des Krieges im Libanon als reaktionäres Komplott der arabischen Reaktion im Dienste des US-Imperialismus und Israels.

Es sind aber nicht in erster Linie diese Fehler, wodurch dieser Artikel den KSV demaskiert, sondern vor allem die Tatsache, daß er es überhaupt fertigbringt, diesen Artikel ohne Entgegnung (!) in seiner Zeitung abzudrucken. In der syrischen Regierung, deren militärisches Manöver im Libanon zu Recht im Artikel als reaktionärer Schritt gegen die PLO und die fortschrittlichen libanesichen Kräfte verurteilt wird, sitzen nämlich als Minister zwei führende Funktionäre der revisionistsichen, Moskauhörigen KP Syriens. Einer von ihnen, Kemal Bagdasche, ist ihr Vorsitzender. Dieser Tatsache verdankt Syrien auch folgende Passage im Rechenschaftsbericht der KPdSU an den 25.Parteitag im Februar 1976 (die wir hiermit dem scheinbar unwissenden und schweigenden KSV zum zweiten Mal mitteilen): "Im vergangenen Jahr bildete sich ein gutes Einvernehmen mit Syrien heraus. Wir koordinieren unsere Handlungsweise bezüglich vieler internationaler Probleme, vor allem des Nahostproblems."

Daß diese Umstände in dem Artikel nicht erwähnt werden, dürfte wohl den Ausschlag dafür geben, daß er in die "Roten Perspektive" erschienen ist. Die Entwicklung im Nahen Osten hat nämlich den KSV - wie alle Revisionisten - in eine peinliche Lage gebracht. Was für ihn feststeht, ist, daß er die imperialistischen Absichten und Manöver der Sowjetunion vertuschen und beschönigen, in das heimtükkische Gerede von der Existenz einer israelischen Nation miteinstimmen, und sich über die arabischen Regierungen das Maul zerreißen muß. Was aber, nachdem Syrien, das bekanntlich ein Stützpunkt der Sowjetunion im Nahen Osten ist, und in dessen Regierung zwei Revisionisten sitzen, den Palästinensern und den libanesischen Volksmassen in den Rücken gefallen ist? In dieser Situation - den Einmarsch Syriens im Libanon als fortschrittliche Aktion darzustellen, wagt nicht einmal der KSV - hilft nur mehr nackter Betrug: weiterhin nur die USA, Israel und die arabischen Staaten als Vertreter der Konterrevolution im Nahen Osten anzuprangern, die Sowjetunion zu decken, notgedrungen über Syrien zu schimpfen, und im Geschimpfe die direkte und indirekte Verbindung Syriens mit der Sowjetunion untergehen zu lassen. Wie muß sich der KSV gefreut haben, daß ein Gastkommentar ihm diese kompromottiernede ARbeit abgenommen hat!

H.G.

TEACH-IN der MLS zur SLOWENENFRAGE **18. Jan. 77** **20h** **NIG, Hs II**

Film: Boykott der Minderheitenfeststellung

Referat: Die gegenwärtige Regierungspolitik in der Minderheitenfrage